

06.3006

**Postulat APK-NR (04.021).
Schweizerische
Kohäsionszahlungen
nicht zulasten der
öffentlichen Entwicklungshilfe
Postulat CPE-CN (04.021).
Ne pas financer la contribution
suisse à la cohésion de l'UE
sur les fonds de l'aide publique
au développement**

Ordnungsantrag – Motion d'ordre

Einreichungsdatum 16.01.06

Date de dépôt 16.01.06

Nationalrat/Conseil national 13.03.06 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 13.03.06

Ordnungsantrag der grünen Fraktion

Der Nationalrat behandelt dieses Postulat vor dem Geschäft 04.021.

Motion d'ordre du groupe des Verts

Ce postulat est traité avant l'objet 04.021.

Präsident (Janiak Claude, Präsident): Ich bitte Herrn Müller Geri, den Ordnungsantrag zu begründen. – Er ist zurzeit nicht im Saal.

Ich gebe zuerst den Berichterstattern das Wort für eine Stellungnahme zum Ordnungsantrag.

Müller-Hemmi Vreni (S, ZH), für die Kommission: Im Namen der Kommission beantrage ich Ihnen Ablehnung dieses Ordnungsantrages. Warum?

Die Kommission hat bei der Beratung des Osthilfegesetzes einen Antrag der Sprechenden diskutiert, bei den Übergangsbestimmungen dieses Gesetzes eine Formulierung aufzunehmen im Sinne, dass die Finanzierung der Kohäsionsleistung nicht auf Kosten der öffentlichen Entwicklungshilfe geleistet werden soll. Die Diskussion in der Kommission hat dann dazu geführt, dass wir dieses Kommissionspostulat beschlossen haben, das wir Ihnen heute auch zur Annahme beantragen. Dieses Kommissionspostulat finden Sie auf der letzten Seite der Fahne.

Ich beantrage Ihnen im Namen der Kommission, dieses Verfahren so einzuhalten, wie es die Kommission geplant hat, und damit eben am Schluss dann über dieses Kommissionspostulat zu diskutieren und diesem zuzustimmen.

Dupraz John (RL, GE), pour la commission: Je ne vois pas très bien ce que cache cette motion d'ordre. En principe, la logique veut qu'on vote d'abord le projet de loi, avec les objectifs qui sont fixés, et qu'on parle ensuite du financement. Car adopter le postulat et dire comment on va financer quelque chose qu'on n'a pas encore décidé, cela me paraît un peu bizarre.

Cette motion d'ordre n'a pas été discutée en commission, mais en bonne logique législative, je vous demande de bien vouloir étudier et traiter dans l'ordre le projet de loi et le postulat.

Schibli Ernst (V, ZH): Das Demokratieverständnis in diesem Rat scheint trotz Frühjahrssession sonderbare Blüten hervorzuzaubern. Bevor die Grundlage für die Kohäsionszahlungen vom Parlament beschlossen ist, soll bereits der Finanzierungskredit genehmigt werden. Das kann doch nicht der Wille und der Ernst dieses Parlamentes sein.

Ich bitte Sie, diesen Ordnungsantrag abzulehnen. Herr Müller, falls das der Standard Ihrer Geschäftsbearbeitung in Baden sein sollte, muss ich sagen: «Läck mer am Tschööppli!»

Präsident (Janiak Claude, Präsident): Die SP-Fraktion teilt mit, dass sie den Ordnungsantrag ablehnt.
Wir kommen zur Abstimmung. (*Unruhe*) – Herr Müller, Sie waren nicht im Saal, als ich Ihnen das Wort zur Begründung des Ordnungsantrages erteilt habe. Wir stimmen nun ab.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag der grünen Fraktion 16 Stimmen

Dagegen 125 Stimmen

04.021

**Bundesgesetz
über die Zusammenarbeit
mit den Staaten Osteuropas
Loi fédérale sur la coopération
avec les Etats
d'Europe de l'Est**

Zweitrat – Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 31.03.04 (BBl 2004 1953)

Message du Conseil fédéral 31.03.04 (FF 2004 1803)

Ständerat/Conseil des Etats 07.12.05 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 15.12.05 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 13.03.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 20.03.06 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 24.03.06 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 24.03.06 (Schlussabstimmung – Vote final)

*Antrag der Mehrheit
Eintreten*

*Antrag der Minderheit
(Wobmann, Mörgeli, Müri, Schlüer, Stamm)
Nichteintreten*

*Antrag der Minderheit
(Schlüer, Mörgeli, Müri, Stamm, Wobmann)
Rückweisung an den Bundesrat*

mit dem Auftrag, von der Europäischen Union als Gegenleistung zu dieser freiwilligen Solidaritätszahlung der Schweiz in der Höhe von 1 Milliarde Franken eine Erklärung zu verlangen, in der die EU verbindlich zum Ausdruck bringt:

1. dass sie jegliche Diskriminierung des Flughafens Zürich-Kloten gegenüber anderen Interkontinentalflughäfen in Europa unterbinden wird, insbesondere bezüglich Betrieb und Anflugmöglichkeiten;
2. dass sie das Schweizer Bankkundengeheimnis so, wie es im Rahmen des Zinsbesteuerungsabkommens (Verzicht auf jegliche Meldepflicht) festgehalten ist, auf Dauer respektiert;
3. dass sie die Souveränität der Schweiz in Steuerfragen, die auch die in der Schweiz verfassungsmässig garantierte kantonale Steuerhoheit beinhaltet, vorbehaltlos respektiert.

*Antrag Hess Bernhard
Nichteintreten*

*Antrag Zisyadis
Rückweisung an den Bundesrat
mit dem Auftrag, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die fundamentalen Ziele der Europäischen Strukturfonds der EU-Länder (25 Staaten) respektiert.*

*Proposition de la majorité
Entrer en matière*

Proposition de la minorité

(Wobmann, Mörgeli, Muri, Schluer, Stamm)
Ne pas entrer en matière

Proposition de la minorité

(Schluer, Mörgeli, Muri, Stamm, Wobmann)

Renvoi au Conseil fédéral

avec mandat d'exiger de l'Union européenne, en échange de la contribution de solidarité de 1 milliard de francs versée volontairement par la Suisse, une déclaration par laquelle elle s'engage:

1. à éviter toute discrimination de l'aéroport de Zurich-Kloten par rapport aux autres aéroports intercontinentaux d'Europe, notamment en ce qui concerne l'exploitation et les possibilités d'approche;
2. à respecter, sur le long terme, le secret bancaire suisse tel qu'il est fixé dans le cadre de l'accord sur la fiscalité de l'épargne (refus de l'échange automatique d'informations);
3. à respecter sans réserve la souveraineté de la Suisse en matière fiscale, en particulier celle de ses cantons, garantie par la Constitution.

Proposition Hess Bernhard

Ne pas entrer en matière

Proposition Zisyadis

Renvoi au Conseil fédéral

avec mandat de revenir avec une proposition de loi qui respecte les objectifs fondamentaux des fonds structurels européens de tous les pays de l'UE (25 Etats).

Müller-Hemmi Vreni (S, ZH), für die Kommission: Damit nun zur Sache, zum Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas: Seit Beginn der Neunzigerjahre engagiert sich die Schweiz in Osteuropa und in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), um die politische, die wirtschaftliche und die soziale Transition dieser Länder zu unterstützen. Das Parlament hat auf Antrag des Bundesrates seit 1989 bis heute Kredite im Gesamtvolumen von gegen 3,5 Milliarden Franken bewilligt, um den Umbau in diesen Staaten in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft zu unterstützen. Am 24. März 1995 schuf das Parlament dazu eine erste gesetzliche Grundlage in Form eines zeitlich befristeten allgemein verbindlichen Bundesbeschlusses.

Das neue Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas soll nun diesen bis Anfang 2008 befristeten Beschluss ablösen. Die Vorlage wurde dem Parlament vom Bundesrat bereits vor bald zwei Jahren, am 31. März 2004, zugeleitet. Wir erhielten das Gesetz damals zusammen mit dem Antrag auf einen neuen Vierjahres-Rahmenkredit für die Osthilfe in der Höhe von 800 Millionen Franken. Da der Bundesrat am 12. Mai 2004 beschlossen hatte, auf die Anfrage der Europäischen Union zur Leistung eines Kohäsionsbeitrages einzutreten, diskutierte die zuständige APK des Erstrates, des Ständerates, eingehend den Konnex zwischen der beabsichtigten Kohäsionsleistung an die zehn neuen EU-Mitglieder und dem Osthilfegesetz mit dem Rahmenkredit und beantragte folgendes Vorgehen, das dann auch von Ständerat und Nationalrat beschlossen wurde: Erstens die Verlängerung des aktuellen Rahmenkredites um zwei statt vier Jahre, also bis Ende 2006, in der Höhe von 4 Millionen Franken; der entsprechende Bundesbeschluss wurde vom Nationalrat am 4. Oktober 2004 gutgeheissen. Zweitens wurde Eintreten auf das neue Gesetz beschlossen, dieses aber sistiert, bis die Modalitäten für die Kohäsionsbeitragsleistung klar sind. Dies war möglich, weil das aktuelle Osthilfegesetz noch bis Februar 2008 gültig ist. Die APK-SR hat letzten Oktober, also nach den positiven Abstimmungen zu den Bilateralen II und zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Staaten, die Beratung des Gesetzes aufgenommen und im Zweckartikel neu die Grundlage für die Kohäsionsleistung eingefügt – unter expliziter Erwähnung von Malta und Zypern, die bekanntlich nicht zu Osteuropa gehören. Um sich vom EU-internen Kohäsionsbeitrag abzugrenzen, lautet der Schweizer Terminus

technicus dafür nun «Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten in der erweiterten Europäischen Union» oder, kürzer, Erweiterungsbeitrag. Der Ständerat hat das so ergänzte Gesetz am 15. Dezember letzten Jahres in der Gesamtabstimmung mit 35 zu 0 Stimmen angenommen.

Die uns von der Kleinen Kammer nun zugewiesene Gesetzesvorlage übernimmt in materieller Hinsicht im Wesentlichen die Elemente des bisherigen Bundesbeschlusses und beschränkt sich auf einige wenige Anpassungen infolge aktueller Entwicklungen der letzten Jahre. Das Bundesgesetz soll wiederum auf zehn Jahre befristet sein. Die beiden auf diesem Gesetz basierenden Rahmenkredite für die Osthilfe und die Erweiterungsmilliarde wird der Bundesrat nach Mitte Jahr vorlegen. Nach der kürzlich erfolgten Unterzeichnung der Vereinbarung über die Umsetzungsmodalitäten des Beitrages an die erweiterte EU durch die Aussenministerin am 27. Februar 2006 in Brüssel kann der Bundesrat nach der Schlussabstimmung über dieses Gesetz und nach Ablauf der Referendumsfrist mit den beiden Rahmenkrediten vors Parlament kommen, also mit dem neuen Vierjahreskredit für die Osthilfe und mit der Erweiterungsmilliarde zur Finanzierung der während einer Laufzeit von bis zu zehn Jahren abzuwickelnden Projekte in den neuen EU-Staaten.

Ich komme zu den Beschlüssen und Anträgen der APK. Die APK ist mit deutlicher Mehrheit, mit 16 zu 5 Stimmen, auf das Gesetz eingetreten, hat es mit wenigen Änderungen mit 17 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung verabschiedet und es mit einem Kommissionspostulat betreffend die Finanzierung des EU-Erweiterungsbeitrages flankiert. Zusammengefasst bekräftigt die Kommission so erstens die vor zwei Jahren bei der Sprechung des verlängerten Osthilfekredits beschlossene Politik der weiteren Zusammenarbeit und Transitionsunterstützung mit den und in den Ländern Osteuropas, dort speziell im Westbalkan, und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, dort speziell in Zentralasien und im Kaukasus.

Die APK ist zweitens damit einverstanden, dass das Osthilfegesetz auch Basis für den EU-Erweiterungsbeitrag ist. Die Verankerung in diesem Gesetz kann kurz gefasst auf den folgenden Punkt gebracht werden: Der Schweizer Beitrag trägt in den zehn neuen EU-Staaten zur Überwindung ihrer strukturellen Schwächen und der grossen Disparität – Ungleichheit – zu den alten EU-Mitgliedern bei und kann als abschliessender Schritt im mit der Osthilfe bezweckten Transitionsprozess betrachtet werden.

Drittens hat – gleich wie im Ständerat – auch in unserer Kommission die bis heute unklare Finanzierung des Erweiterungsbeitrages zu reden gegeben. Die Kommission lehnt es aber ausdrücklich ab, hier im Osthilfegesetz konkrete Vorgaben für diese Finanzierung zu machen. Die APK beantragt dafür die Annahme eines Kommissionspostulates, wonach die Erweiterungsbeitragsfinanzierung nicht auf Kosten der öffentlichen Entwicklungshilfe gehen soll, zu der Süd- wie Osthilfe gehören.

Ich komme zu den Minderheitsanträgen aus der SVP auf Nichteintreten bzw. Rückweisung und auch auf den Antrag von Bernhard Hess auf Nichteintreten und auf den Antrag Zisyadis auf Rückweisung. Die letzteren beiden lagen der Kommission ja nicht vor, darum zuerst einmal zu den SVP-Minderheitsanträgen: Beim SVP-Nichteintretensantrag konzentrierte sich der Sprecher auf die gesetzliche Grundlage für die Erweiterungsbeitragsfinanzierung und fragte, was denn die Schweiz dafür bekomme, ausser dass sie bei der EU den Appetit auf noch mehr Geld wecke. Es führt hier zu weit, auf alle schon vor den Abstimmungen zu den Bilateralen II und der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit nachgewiesenen langfristigen wirtschaftlichen Vorteile für die Schweiz hinzuweisen. Ich beschränke mich darum auf folgende zwei Hinweise, die die Bedeutung der EU für die Schweiz verdeutlichen:

1. 2004 gingen 60 Prozent der Schweizer Exporte in die Europäische Union, für alle europäischen Märkte – also EU, Efta, Südosteuropa und GUS – waren es gut 63 Prozent. Nachzulesen ist dies im Bericht des Bundesrates «Leistun-

gen der Schweiz zugunsten Europas» zum Postulat der APK-SR 03.3584.

2. Das Staatssekretariat für Wirtschaft rechnet mit einem Zuwachs des Bruttoinlandprodukts von 0,2 bis 0,5 Prozent infolge der Bilateralen II und der Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens, was bei der vorsichtigen Variante zusätzliche Steuereinnahmen von gut 70 Millionen Franken pro Jahr ausmacht.

Ausserdem können wir zur Kenntnis nehmen, dass das Nicht-EU-Land Norwegen einen Erweiterungsbeitrag von 1,7 Milliarden leistet und die EU selber in der gleichen Fünfjahresperiode unter dem Titel Kohäsion rund 165 Milliarden in den zehn neuen Mitgliedsländern investieren wird.

Die Kommission hat den Nichteintretensantrag der Minderheit Wobmann mit 16 zu 5 Stimmen abgelehnt, und ich schliesse hier auch den Antrag Hess Bernhard ein.

Weil der Erweiterungsbeitrag mit neuen bilateralen Abkommen betreffend den Flughafen Zürich, die Zinsbesteuerung und die Steuersouveränität nichts zu tun hat, hat die APK mit 17 zu 5 Stimmen auch den Rückweisungsantrag der Minderheit Schluer klar abgelehnt. Wir haben in der Kommission aber Kenntnis davon genommen, dass es der SVP offensichtlich schwer fällt, die letztes Jahr vom Souverän gefällten Entscheide zu akzeptieren. Ich lehne im Namen der Kommission in der Konsequenz auch den Rückweisungsantrag Zisyadis ab. Es war immer klar, dass es bei dieser Beitragsleistung um die zehn neuen EU-Staaten geht.

Im Namen der Kommission beantrage ich Ihnen also, auf das Gesetz einzutreten.

Dupraz John (RL, GE), pour la commission: Depuis le début des années 1990, la Confédération développe des activités dans les pays d'Europe de l'Est et la Communauté des Etats indépendants (CEI) afin de soutenir et d'accompagner la transition politique, économique et sociale dans les anciens pays communistes. Le 24 mars 1995, le Parlement a créé la première base légale de cette coopération; il s'agissait d'un arrêté fédéral à validité limitée dans le temps, soit à dix ans. Aujourd'hui, il s'agit de prolonger la validité de l'arrêté et de le transformer en loi fédérale pour une nouvelle période de dix ans.

En fait, la solution proposée par le Conseil fédéral prévoit une seule base légale pour deux instruments. Le premier, c'est la poursuite de l'aide à la transition dans les pays d'Europe de l'Est et de la CEI; le deuxième, c'est la contribution à la réduction des disparités économiques et sociales au sein de l'Union européenne élargie. Il s'agit de 1 milliard de francs destinés aux seuls nouveaux membres de l'Union européenne. Par contre, pour leur financement, deux messages pour deux crédits-cadres séparés seront soumis au Parlement durant cette année encore. Du reste, lors du débat d'entrée en matière, beaucoup de membres de la commission se sont étonnés que le Conseil fédéral ne propose pas simultanément le financement de ce projet de loi-cadre.

Le Conseil des Etats, rappelons-le, a adopté le projet, à l'unanimité, lors de sa séance du 15 décembre 2005.

La commission a étudié le texte qui nous est soumis le 16 janvier 2006. Au cours de cette étude, elle a examiné 17 propositions, dont une fut transformée en postulat (06.3006); j'y reviendrai lorsque nous la discuterons après avoir adopté la loi.

La minorité Wobmann propose de ne pas entrer en matière et la minorité Schluer de renvoyer le dossier au Conseil fédéral.

La proposition de non-entrée en matière de la minorité Wobmann est fondée sur trois questions complémentaires à l'argumentation qu'a développée ma préopinante: d'où vient le milliard de francs? Combien reçoivent les différents Etats de l'Union européenne? Lorsque le milliard de francs est dépensé, est-ce que ce sera vraiment la fin de cette aide de solidarité?

Quant à la proposition de renvoi au Conseil fédéral de la minorité Schluer, elle demande en substance au gouvernement d'exiger de l'Union européenne, en échange de la contribution de solidarité de 1 milliard de francs: 1. d'éviter toute

discrimination de l'aéroport de Zurich-Kloten par rapport aux autres aéroports intercontinentaux d'Europe; 2. de respecter sur le long terme le secret bancaire suisse; 3. de respecter sans réserve la souveraineté de la Suisse et des cantons en matière fiscale.

Après une longue discussion, la commission constate que l'aide aux pays de l'Est est dans l'intérêt de la Suisse, car souveraineté, stabilité politique et économique sont nécessaires dans ces pays, notamment pour éviter des flux migratoires non maîtrisés, et aussi pour soutenir la transition et le développement économique afin que la Suisse puisse, dans un avenir proche, intensifier ses échanges économiques avec ces anciens pays communistes. En fait, c'est un investissement qui est consenti.

Quant au milliard de francs, il sera unique et versé seulement aux dix nouveaux pays de l'Union européenne. Les projets seront pilotés conjointement avec les pays receveurs par la Suisse indépendamment de l'activité de l'Union européenne qui, elle, consacre 33 milliards de francs suisses annuellement au fonds de cohésion. En comparaison, 1 milliard de francs sur dix ans accordé par la Suisse est une bien faible contribution par rapport à l'imposante somme investie par l'Union européenne – 33 milliards de francs annuellement, je vous le rappelle.

Le renvoi au Conseil fédéral est inopportun, car l'aéroport de Zurich-Kloten n'a rien à voir avec ce projet de loi; attendons la décision de la Cour de justice des Communautés européennes, puisqu'un recours a été déposé. Quant au problème du secret bancaire, il est réglé dans les accords bilatéraux II; remettre le dossier sur le tapis, c'est rouvrir un débat, de façon maladroite, au risque de mettre en péril ce qui a déjà été obtenu. Enfin, la souveraineté fiscale de la Suisse et de ses cantons n'est pas en danger; du reste le Conseil fédéral a répondu de façon circonstanciée à l'Union européenne, dans une lettre de 5 pages.

Depuis les délibérations de la commission, le Conseil fédéral a finalisé le memorandum d'entente avec l'Union européenne concernant la clé de répartition géographique du milliard de francs. Ainsi, les processus de ratification et de mise en vigueur des Bilatérales II peuvent véritablement s'engager dans la phase de réalisation. Le milliard de francs de solidarité est en fait une contribution à payer pour ces accords bilatéraux II avec l'Union européenne.

C'est pourquoi la commission, par 16 voix contre 5, vous demande d'entrer en matière et, par 17 voix contre 5, de refuser le renvoi du projet au Conseil fédéral.

Präsident (Janiak Claude, Präsident): Herr Wobmann begründet nun den Nichteintretensantrag der Kommissionsminderheit. Er hat gleichzeitig als Fraktionssprecher das Wort zum Eintreten, weshalb ihm etwas mehr Zeit zusteht.

Wobmann Walter (V, SO): Wie gesagt, ich spreche sowohl als Fraktionssprecher wie auch als Sprecher der Minderheit zum Nichteintretensantrag – also beides zusammen.

Mit der Schaffung des vorliegenden Gesetzes soll der allgemein verbindliche Bundesbeschluss über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Darin sollen unter anderem auch die vom Bundesrat versprochenen und in grossen Teilen der Bevölkerung umstrittenen Kohäsionszahlungen an die neuen EU-Mitgliedstaaten begründet werden. Es ist festzuhalten, dass das Ergebnis der bilateralen Verträge von beiden Verhandlungspartnern, also auch von der EU, ausdrücklich als beidseitig ausgewogen bezeichnet wurde. Das heisst also, dass die Vorteile, welche die Schweiz durch den Zugang zum EU-Binnenmarkt erhalten hat, absolut gleichgewichtig sind zu jenen Vorteilen, welche die EU-Mitglieder durch den Marktzugang in der Schweiz erhalten.

Es ist nicht einzusehen, weshalb eine geografische Vergrößerung der EU dieses Gleichgewicht stören sollte, denn die zehn neu beigetretenen Länder erhalten durch die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auch einen äusserst interessanten Zugang zum Schweizer Markt. Dafür ist bekanntlich der Preis der Schweiz in diesem Bereich sehr hoch. Es wa-

ren denn auch die EU-Staaten selber – so vor allem Frankreich, Deutschland und Österreich –, welche die Verhandlungen mit der Schweiz nicht aufs Spiel setzen wollten und sich deshalb gegen den Vorschlag der EU-Kommission aussprachen, eine Zahlung der Schweiz sei an die Verhandlung über die Erweiterung der Personenfreizügigkeit zu binden. Diese EU-Staaten wissen sehr genau, dass keine Verpflichtung der Schweiz zur Zahlung dieser Milliarde Franken besteht. Unsere beiden Aussenpolitischen Kommissionen sprachen sich vor drei Jahren grossmehrheitlich gegen Beitragszahlungen jeglicher Art an die EU aus. Auch der Bundesrat äusserte sich damals entsprechend, eine Beteiligung der Schweiz am Kohäsionsfonds sei kein Thema. Zwei Jahre später jedoch, beim sogenannten «bilateralen Aufwisch», erkaufte sich der Bundesrat mit der Zusicherung von 1 Milliarde Franken den raschen Abschluss der Bilateralen II. Der «Weltwoche» Nr. 21/04 war zu entnehmen, dass der Bundesrat mit diesem Betrag sogar über das oberste Limit des Antrages der Arbeitsgruppe Kohäsion, die in ihrem Bericht einen Betrag von höchstens 100 bis 200 Millionen Franken genannt hatte, hinausgegangen war. Demselben Artikel ist auch zu entnehmen, dass Bundesrat Merz in einem Mitbericht erklärt hatte, dass die Zahlung an die EU die maximale Spanne von 50 bis 100 Millionen Franken nicht übersteigen sollte.

Für sein Umschwenken hat der Bundesrat denn auch eine Erklärung gefunden. Was früher von offizieller Seite Kohäsionsbeitrag genannt wurde, wird jetzt plötzlich als Solidaritätsbeitrag bezeichnet. Damit will man angeblich unterstreichen, dass es sich um eine eigenständige Lösung handelt, die nicht im Rahmen des EU-Kohäsionsfonds zu verstehen sei. Dies ist lediglich eine Schlaumeierei. Schliesslich bleibt der Betrag von 1 Milliarde Franken immer noch gleich hoch. Gleichzeitig hat der Bundesrat bei seiner Zusage an die EU versichert, die versprochene Milliarde werde je zur Hälfte beim EDA und beim Seco kompensiert. Dies hat der Bundesrat im Hinblick auf die Referendumsabstimmungen zu Schengen/Dublin und zur Personenfreizügigkeit dann auch dem Schweizer Volk versprochen. Bisher haben wir vom Bundesrat jedoch nie eine verbindliche Erklärung erhalten zur Frage, wie genau er in den nächsten fünf Jahren jeweils 200 Millionen Franken einsparen will. Vielmehr spricht der Bundesrat jetzt plötzlich von einer Kompensation durch künftige Einnahmen – Einnahmen etwa, wenn es sie überhaupt einmal geben sollte, aus dem Zinsbesteuerungsabkommen – und durch die rückläufigen Ausgaben im Asylbereich. Auch hier hat der Bundesrat sein Versprechen gegenüber dem Volk und dem Parlament nicht eingelöst. Demgegenüber mussten wir und die Bevölkerung zur Kenntnis nehmen, dass der Bundesrat bereits am 23. Februar eine Abmachung über die Zahlungsmodalitäten genehmigte, welche am 27. Februar 2006, also bevor sie hier im Parlament überhaupt behandelt worden war, von Frau Bundesrätin Calmy-Rey in Brüssel unterzeichnet wurde. Solche Machenschaften werden wir niemals akzeptieren.

Ursprünglich hatte der Bundesrat beteuert, er werde den Entscheid über Kohäsionszahlungen erst nach Abschluss des Entscheidungsprozesses über die Bilateralen II fällen. Er hat sich also auch daran nicht gehalten. Mit der vorzeitigen Nennung eines konkreten Betrages wurde auch ein Präjudiz für weitere Forderungen der EU geschaffen. Dies ist nun bekanntlich letzte Woche bei den Diskussionen über das Brüsseler Verhandlungsmandat zum Beitritt von Rumänien und Bulgarien konkret geworden. Wie weiter nicht verwunderlich, hat Frau Bundesrätin Calmy-Rey auch diese Forderungen grundsätzlich wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Der Bundesrat hat in dieser Frage mehrfach seine Versprechen gebrochen und sich über das Parlament hinweggesetzt und wird der EU aufgrund dieses Gesetzes auch weitere Zahlungen zusichern. Es kann deshalb nicht angehen, dass wir mit diesem Gesetz die Grundlage für ständige Geldflüsse nach Brüssel schaffen. Den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umbau in den Ländern Osteuropas betrachten wir als weit fortgeschritten. Die EU hat denn auch

eine solche Entwicklung für den Beitritt dieser Länder zur EU zur Bedingung gemacht. Die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Länder – und damit die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie – wird innerhalb der EU noch weitergehen. Darum erachten wir die Zielsetzung dieses Gesetzes als erreicht.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, auf das Gesetz nicht einzutreten. Sollte aber Eintreten beschlossen werden, wird die SVP-Fraktion mit verschiedenen Anträgen versuchen, mindestens Schadensbegrenzung zu machen.

Hess Bernhard (–, BE): Es kann nicht geleugnet werden, dass der Bundesrat seinerzeit die sogenannte Kohäsionszahlung von 1 Milliarde Franken zugunsten der neuen EU-Oststaaten beschlossen hat, um den Abschluss der Bilateralen II zu forcieren. Eine solch gigantische Zahlung trägt aber schon fast die Züge einer Schmiergeldaktion. Empörend und skandalös ist auch die Tatsache, dass sich die EU ganz offensichtlich nicht mit dem durch die spendablen Aussagen von Bundesrätin Calmy-Rey und Bundesrat Joseph Deiss versprochenen Milliardengeschenk zugunsten der neuen EU-Oststaaten zufrieden geben wird. Offensichtlich sind die EU-Bürokraten schon jetzt auf den Geschmack gekommen und wollen den Goldesel Schweiz noch mehr auspressen. Schon heute werden weitere Gelder gefordert; man spricht von mehreren Hundert Millionen Franken, die die Schweiz für die Erweiterung der bilateralen Verträge auf Rumänien und Bulgarien bezahlen muss. Diese Gelder, da müssen wir uns überhaupt keine Sorgen machen, werden durch die spendable Schweiz nicht nur versprochen, sondern auch pünktlich bezahlt.

Es ist zu befürchten, dass wir, solange sich die EU im Osten ausdehnt, künftig auch Geldforderungen der Europäischen Union für Kroatien, Serbien-Montenegro, Albanien, vielleicht auch einmal für die Ukraine und – möglicherweise schneller, als es uns lieb ist – auch für die Türkei nachkommen müssen, denn all diese Länder haben einen beträchtlichen wirtschaftlichen Rückstand auf die mitteleuropäischen Staaten und sind dankbare Empfänger grosszügiger EU-Finanzspritzen.

Offensichtlich ist unsere Landesregierung jedoch nicht in der Lage, Milliarden von Steuergeldern, die sie, ohne mit der Wimper zu zucken, ins Ausland verteilt, auch mit Gegengeschäften zu verknüpfen. So könnten die beschenkten EU-Bürokraten auch mal darauf hingewiesen werden, dass die Diskriminierung des Flughafens Zürich-Kloten endlich eingestellt sowie die Steuerhoheit der Kantone auf Dauer endlich vertraglich garantiert werden sollte.

Auch das seinerzeitige Versprechen des Bundesrates, die Kohäsionsmilliarde werde budgetneutral finanziert, ist längst gebrochen. Einzelne wortbrüchige Bundesräte, eine beträchtliche Anzahl von Ratsmitgliedern und auch die Aussenpolitische Kommission fordern, die Milliarde sei durch Erträge aus der Zinsbesteuerung und der Osterweiterung zu finanzieren. Dies ist aber ein fauler Taschenspielertrick. So gehen uns die einzigen möglichen finanziellen Errungenschaften, die uns die nachteiligen bilateralen Verträge II bringen, endgültig verloren.

Zudem muss erwähnt werden, dass die behaupteten Mehreinnahmen und Minderausgaben rein fiktiver und spekulativer Natur sind. Diese Tatsache jedoch interessiert in diesem hohen Haus offensichtlich beinahe niemanden. Das ganze Theater um die Ost-Kohäsionsmilliarde zeigt, wie nachlässig mit Steuergeldern und vor allem mit der Wahrheit umgegangen wird. Umso mehr muss dieses skandalöse Milliarden-theater nötigenfalls mit einem Referendum gestoppt werden. Die Schweizer Demokraten werden ein Referendum, das möglicherweise durch die Lega dei Ticinesi lanciert wird, tatkräftig mitunterstützen.

Den Nationalrat bitte ich, auf die folgenschwere Milliardenvorlage im Rahmen des sogenannten Osthilfegesetzes nicht einzutreten.

Schluer Ulrich (V, ZH): In einem Punkt bestehen Klarheit und Übereinstimmung: Es gibt keine Rechtsgrundlage für die Zahlung von 1 Milliarde Franken an die EU. Die bilateralen Verträge, die abgeschlossen worden sind, sind ausdrücklich als «gegenseitig ausgewogen» bezeichnet worden. Das heisst, keine der beiden Seiten ist der anderen irgendeinen Betrag schuldig; eine Schuld besteht klar nicht. Wenn eine Zahlung geleistet wird, dann wird sie freiwillig von uns geleistet, weil wir damit irgendetwas erreichen wollen. Wir sind der grundsätzlichen Meinung, es sei falsch, diese Zahlung überhaupt zu leisten, zumal bereits die zweite Millionenforderung auf dem Tisch liegt. Das ist die Konsequenz, wenn man ohne Rechtsgrundlage einfach einmal eine Milliarde zusagt; das war falsch.

Aber wenn wir schon zahlen, wenn Sie dafür sind, dass die Schweiz eine Zahlung leistet, dann sind wir der Auffassung, dass es nichts anderes als unser gutes Recht ist, dafür verbindlich gewisse Gegenleistungen zu verlangen. Wir zahlen etwas, aber wir wollen auch etwas dafür.

Es bestehen seitens der Schweiz drei offene Fragen gegenüber der EU. Auch diese sind an sich vertraglich geregelt, aber die politische Wirklichkeit ist anders als das, was vertraglich geregelt wurde.

Erste Forderung: Die EU soll der Schweiz endlich zugestehen, dass für den Flughafen Zürich-Kloten kein anderes Regime gelten kann als für jeden anderen Interkontinentalflughafen in Europa. Das ist eine absolut angemessene, wohlbegründete Forderung. Wir haben ein Luftverkehrsabkommen mit der EU; sie ist damit zuständig.

Zweite Forderung: Das Bankkundengeheimnis ist vonseiten der EU auf Dauer so anzuerkennen, wie es aus dem Abkommen über die Zinsbesteuerung hervorgegangen ist. Wir wollen nicht etwas anderes, als gegenseitig vereinbart worden ist. Aber das, was vereinbart worden ist, soll die EU zugestehen, und zwar auf Dauer abgesichert.

Dritte Forderung: Die EU anerkennt und respektiert, dass die kantonale Steuerhoheit in der Schweiz verfassungsmässig abgestützt und damit demokratisch festgelegt worden ist, dass es daran nichts zu rütteln gibt.

Das sind alles angemessene, selbstverständliche Forderungen. Wenn die Schweiz eine volle Milliarde Franken bezahlt, hat sie auch das Recht, zu verlangen, die andere Seite habe auch etwas zu leisten. Deren Leistung kostet übrigens überhaupt nichts, keinen Euro! Die EU hat nur zuzugestehen, dass das, was vertraglich vereinbart worden ist, tatsächlich auch gilt: eine wahrhaftig angemessene Forderung.

Eigentlich wundere ich mich, dass hier im Saal ein Denken vorherrscht, wir müssten der EU im Voraus devot eine grosse Summe bezahlen, die EU sei dann sicher besonders nett mit uns. Es geht in der Politik doch um Interessenpolitik: Wer etwas gibt, hat auch das Recht, etwas zu fordern. Leistung und Gegenleistung sollen im Gleichgewicht sein.

Wir haben festgestellt – und daran stossen wir uns, Frau Bundesrätin –, dass die Regel, wonach zunächst im Parlament beschlossen wird, was der Bundesrat nachher unterschreibt, bei dieser Milliardenzahlung offenbar nicht mehr gilt. Da muss jetzt das Parlament korrigieren. Es ist neu, dass Verträge unterzeichnet werden, bevor sie hier im Parlament beschlossen werden. Hier wurde «gehaudert», hier wurde geflickt; wir kommen mit weiteren Anträgen darauf zurück. Jetzt hat das Parlament dafür zu sorgen, dass die Dinge auch in aussenpolitischen Belangen ihren geordneten Gang nehmen.

Ich beantrage Ihnen namens der SVP-Fraktion, diesem Rückweisungsantrag zuzustimmen, also dann, wenn Sie diese Milliarde Franken sprechen, von der EU in den drei genannten Fragen eine verbindliche, gültige und unbefristete Zusicherung einzuholen.

Zisyadis Josef (–, VD): Je sais bien qu'il est toujours difficile d'intervenir dans un débat où tout a l'air d'être réglé comme du papier à musique, où tout est joué d'avance, et d'arriver comme un cheveu sur la soupe; d'autant plus lorsque cette soupe apparaît appétissante pour les entreprises suisses, qui se frottent déjà les mains avant même d'avoir com-

mencé. C'est d'ailleurs la raison principale pour laquelle les membres du groupe UDC font des effets de manches à cette tribune. Mais au fond, le groupe UDC ne lancera pas de référendum; il sait bien que les gens qu'il défend sont tout à fait avides de cette loi.

Il reste que ce milliard de francs, logique, indispensable, doit répondre à certains critères. Or, les critères choisis sont une fois de plus les critères somme toute tellement traditionnels de l'«Alleingang» helvétique. La Suisse sait comment il faut faire; elle veut choisir quels efforts il faut récompenser, et ceci sans relation avec les priorités fixées par la politique de cohésion de l'Union européenne.

Je ne dis pas que la politique des fonds structurels européens a permis de mettre en place une politique de solidarité sociale cohérente et répondant aux principes du développement durable. Mais elle a au moins comme principal objectif concret de renforcer la cohésion économique et sociale en réduisant les écarts de développement entre les régions, sans choisir quelles sont les zones éligibles en termes de pays, mais plutôt en termes de régions moins prospères ou défavorisées de l'ensemble de l'Europe.

En ce sens – et vous le savez bien –, il y a encore des zones en Europe, notamment en Europe du Sud, des zones bien précises du Portugal, de l'Espagne ou de la Grèce, qui ont délibérément été écartées par la Suisse; alors même que notre pays connaît les immigrations en provenance de ces zones, qui ont construit la Suisse depuis des décennies, et envers lesquelles on pourrait avoir un peu d'égards et se montrer un peu plus attentifs.

Nous regrettons cette approche qui s'écarte des critères européens. Certes, nombre de nouveaux Etats européens sont plus pauvres que la moyenne européenne et ils ont plus de problèmes et de disparités régionales. Nous ne le contestons pas. Il n'en reste pas moins que notre sentiment est que la Suisse veut choisir pour des raisons idéologiques et économiques ses pauvres, en faisant fi des zones de disparités régionales de l'ensemble de l'Europe, c'est-à-dire des 25 pays membres de l'Union européenne.

En fait, nous avons le culot de penser que cette loi servira à bien des égards à financer les délocalisations, les privatisations, sans aucun contrôle parlementaire effectif. En l'absence de toute directive européenne contre les délocalisations et de toute loi ou même de toute tentative d'élaborer un projet de loi d'harmonisation fiscale, il n'y a pas de logique à soutenir de façon solidaire certaines zones des dix nouveaux pays membres de l'Union européenne qui sont souvent des paradis fiscaux parmi les 30 plus attractifs d'Europe – par exemple en termes d'impôt pour les personnes morales. Prenez par exemple l'agglomération de Varsovie; elle est au 6e rang des zones les plus attractives sur 35; celle de Budapest au 7e; celle de Prague au 21e. Ces régions n'ont pas besoin du milliard suisse, alors que d'autres régions d'Europe continuent d'avoir besoin de la politique de solidarité.

Pour toutes ces raisons, «A gauche toute!/Links!», par ma proposition de renvoi, vous invite à renvoyer au Conseil fédéral non pas le milliard – il ne s'agit pas de cela –, mais le projet de loi afin qu'on y inscrive des objectifs qui respectent les 25 Etats membres de l'Union européenne.

Rennwald Jean-Claude (S, JU): Le groupe socialiste est favorable à l'entrée en matière.

Nous considérons que la coopération avec les pays de l'Est et de la CEI est un des piliers de notre politique extérieure. Mais plus encore, les accords bilatéraux II et, davantage encore, l'extension de l'Accord sur la libre circulation des personnes vont nous faciliter l'accès à un certain nombre de marchés, ce qui sera favorable à la croissance et à l'emploi en Suisse. Dans ces conditions, il est pour nous logique que la Suisse participe à la réduction des inégalités entre les anciens et les nouveaux pays membres de l'Union européenne.

Je pense que, dans ce domaine, on devrait arrêter de jouer les saintes nitouches. En effet, s'il est vrai, comme l'a dit Monsieur Schluer, qu'il n'y a pas de lien juridique entre les

accords bilatéraux et le milliard de francs de participation à l'effort de cohésion, il y a un lien politique évident entre ces deux questions dans la mesure où, comme je l'ai dit, les accords bilatéraux vont nous faciliter l'accès à un certain nombre de marchés et qu'il y a par conséquent un prix à payer à cet effet.

Mais je crois aussi qu'aider ces pays, contribuer à augmenter leur niveau de vie, c'est participer à une régulation des migrations en Europe. C'est aussi freiner les délocalisations, participer à la stabilité du continent européen. C'est également donner davantage de moyens à ces pays pour qu'ils aient plus facilement accès à nos produits et à nos services. J'aimerais aussi rappeler que, dans ce domaine, l'effort demandé à la Suisse est minime si on le compare à celui de l'Union européenne puisque, entre 2007 et 2013, cette dernière va consacrer la bagatelle de plus de 300 milliards d'euros à la politique régionale et au fonds de cohésion.

Mais autant nous sommes favorables à ce projet, autant nous pensons que la participation à l'effort de cohésion ne doit pas se faire au détriment des pays en développement. C'est la raison pour laquelle notre groupe vous invite aussi à soutenir le postulat CPE-CN 06.3006, parce qu'on ne peut pas reprendre d'une main ce qu'on donne de l'autre.

Je ne m'attarderai pas sur la proposition de renvoi de la minorité Schlüer, ni sur les autres propositions de renvoi ou de non-entrée en matière. J'aimerais simplement dire que la proposition de renvoi de la minorité Schlüer, qui évoque le secret bancaire, la souveraineté fiscale de la Suisse et plus encore la question de l'aéroport de Zurich-Kloten, n'a absolument aucun rapport avec le problème qui est posé ici. En ce qui concerne plus spécialement l'aéroport de Zurich-Kloten, je n'aimerais pas qu'on confonde un problème régional et local avec le destin d'un ensemble de 450 millions d'habitants.

Pour terminer, encore un mot sur la proposition de renvoi Zisyadis. Personnellement, je la trouve assez sympathique puisqu'elle souhaite étendre cette aide au-delà des nouveaux pays membres à l'ensemble des régions défavorisées de l'Union européenne. Néanmoins, je crois qu'il faut distinguer là un point qui me semble important, à savoir que, malheureusement, la Suisse n'est pas encore membre de l'Union. Donc, dans ces conditions, il n'y a pas de raisons qu'elle participe à un soutien des régions des anciens pays membres. Mais je pense que le problème pourra être revu lorsque notre pays sera effectivement membre de l'Union.

Gysin Remo (S, BS): Lassen Sie mich ganz kurz die Notwendigkeit und Bedeutung dieses Gesetzes unterstreichen. Die bisherige, über 15-jährige Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas ist eine Erfolgsgeschichte. Ich habe mich 1994 und 1995 in einem zweijährigen schweizerisch-slowenischen Transitionsprojekt – es handelte sich um die Reform der slowenischen Zentralverwaltung in Ljubljana – davon selbst überzeugen können.

Konkrete Unterstützung zum Beispiel in den Bereichen von Good Governance, Demokratisierung, Armutsbekämpfung, Umweltschutz ist möglich und auch nötig. Wenn sich die Lebensumstände der Bevölkerung in bestimmten GUS-Staaten, in Zentralasien zum Beispiel, nicht rasch verbessern, ist in manchen Ländern ein Aufflammen, zum Teil ein Wiederaufflammen des politischen und religiösen Extremismus und hiermit eine Destabilisierung ganzer Regionen zu befürchten. In manchen östlichen Ländern ticken auch ökologische Zeitbomben. Wir wissen, dass Umweltprobleme und Seuchen, aber auch die Folgen von Konflikten und Kriegen nicht an nationalen Grenzen Halt machen.

Die SP ist überzeugt, dass die Unterstützung des Transitions- und Reformprozesses mit den Staaten Osteuropas, insbesondere mit Serbien-Montenegro, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, aber auch Moldawien, Weissrussland, Ukraine – und ich könnte noch weitere aufzählen – unbedingt nötig ist. Klar ist auch, dass die GUS-Staaten Zentralasiens, die zum Teil verarmt sind – ich denke an Tadschikistan oder Kirgistan –, ein längerfristiges, zehnjähriges Engagement erfordern. Die Zusammenarbeit kommt nicht

nur den betroffenen Partnerländern zugute, sondern der Weltgemeinschaft insgesamt und auch der Schweiz selbst. Wir knüpfen in der Zusammenarbeit während der Transitionsphase Partnerschaften, die meist auch darüber hinaus dauern und uns zum Beispiel in internationalen Organisationen wie der Uno oder den Bretton-Woods-Institutionen und in wirtschaftlichen Handelsbeziehungen wieder zugute kommen.

Die SP findet es auch gut, dass mit dem vorliegenden Gesetz eine rechtliche Grundlage für Kohäsionsbeiträge an östliche EU-Länder sowie Malta und Zypern geschaffen wird.

Wir übersehen dabei kritische Punkte keineswegs. Die ausdrückliche Aufnahme von Zypern und Malta in den Gesetzestext und noch viel mehr die Ende Februar getroffene Vereinbarung zwischen der Schweiz und der EU belegen, dass zumindest politisch ein klarer Zusammenhang zwischen den bilateralen Verträgen II und den Kohäsionsbeiträgen der Schweiz an EU-Länder, entgegen anderslautender Äusserungen, vorhanden ist. Störend ist für uns auch die Tatsache, dass die Finanzierung des künftigen Rahmenkredits für die Ostzusammenarbeit nicht klar ist. Die SP-Fraktion verbindet deswegen ihre Zustimmung zu diesem Gesetz mit der Forderung, dass der Kohäsionsbeitrag an die EU-Länder nicht auf Kosten der Osthilfe und schon gar nicht auf Kosten des Rahmenkredits für die Entwicklungszusammenarbeit beziehungsweise auf Kosten der Millenniumsziele gehen darf.

Das entsprechende Postulat der Aussenpolitischen Kommission und die inhaltlich gleiche Motion Leuthard sind deswegen für uns feste Bestandteile dieser Gesetzesvorlage.

Die SP-Fraktion beantragt Eintreten und Ablehnung des Minderheitsantrages auf Rückweisung.

Allemann Evi (S, BE): Ich bitte Sie eindringlich, auf das Osthilfegesetz einzutreten und es nicht an den Bundesrat zurückzuweisen. Die Zusammenarbeit mit den Staaten in Mittel- und Osteuropa ist eines der zentralen Zukunftsthemen und eine der grossen Herausforderungen Europas in den nächsten Jahren und Jahrzehnten. Nur wenn es gelingt, die Lebensverhältnisse einigermaßen anzupassen, sind Frieden und Stabilität in Europa langfristig gesichert.

Gerade mit der Optik der ersten Generation, welche weitgehend ohne Eisernen Vorhang aufwuchs und ohne Blockdenken sozialisiert wurde, geht meine Generation heute mit einem ganz anderen Selbstverständnis an Ost-West-Themen heran. Zuerst einmal staunen wir darüber, dass die Revolution von 1989 unter dem Strich so friedlich über die Bühne ging und auch im Nachgang – abgesehen vom Balkan – kaum blutige Konflikte nach sich zog. Das ist nicht selbstverständlich und unter anderem auch ein Verdienst der Europäischen Union und ihrer Politik der Integration und des Ausgleichs. Davon profitiert auch die Schweiz sehr nachhaltig.

Zum Rückweisungsantrag mag ich eigentlich keine grossen Worte mehr verlieren. Er ist von einem undiplomatischen, kleinkrämerischen Verhandlungsverständnis und einem recht billigen und abgestandenen Populismus geprägt. Der «Osten» ist heute für die junge Generation nicht mehr ein grauer Staatenblock oder ein diffuses Etwas. Es ist ein Raum mit vielen Gesichtern, mit Chancen für den Einzelnen und die Einzelne.

Ich kann gerade bei jungen Menschen – seien sie aus Ost oder West – ein gesamteuropäisches Gefühl ausmachen. Einige von uns studierten in Budapest, viele reisten nach Prag, badeten in Rovinj oder waren in Warschau in der Disco. Vor allem haben viele von uns in der täglichen Arbeit mit Kundinnen oder Arbeitgebern aus Osteuropa zu tun. Als Politikerin spüre ich eine gesamteuropäische Verantwortung dafür, gerade auch die junge Generation aus Osteuropa ins europäische Boot zu holen: mit Netzwerken, mit Wissen und Aufklärung, mit Demokratieprojekten oder Kulturaustausch.

John-Calame Francine (G, NE): Les Verts vous invitent à entrer en matière sur le projet de loi qui nous est soumis. Celui-ci comprend deux volets distincts: le premier définit le cadre légal permettant de reconduire l'aide au développe-

ment des Etats d'Europe de l'Est comme nous la connaissons traditionnellement depuis les années 1990 jusqu'à aujourd'hui, le deuxième volet crée la base légale pour financer une aide particulière et ponctuelle aux dix nouveaux Etats membres de l'Union européenne. Celle-ci se monte à 1 milliard de francs, montant qui sera réparti sur huit à dix ans. Cette contribution suisse fait l'objet d'un memorandum d'entente avec l'Union européenne. Cette façon de procéder permet à la Suisse de rester tout à fait libre et indépendante du fonds de cohésion de l'Union européenne. Elle peut choisir les projets qu'elle veut soutenir, avec quels partenaires et pour quel montant.

Les montants alloués à cette aide feront l'objet de deux crédits-cadres ouverts sur plusieurs années et seront sanctionnés par des arrêtés fédéraux. Ces aides financières sont absolument indispensables car il faut que les pays d'Europe de l'Est réussissent leur intégration européenne, seule garantie d'une Europe sûre et stable au niveau politique.

Les Verts soutiennent ce projet de loi, car il constitue la base légale indispensable pour proposer des mesures de soutien aux Etats d'Europe de l'Est dans leurs efforts pour consolider leur démocratie, pour améliorer leurs institutions politiques et l'appareil judiciaire, pour mettre en place des structures sociales, notamment dans les domaines de la santé, de l'éducation et de la formation, ainsi que pour sauvegarder les ressources naturelles et protéger l'environnement.

Les Verts accordent une importance particulière au soutien que la Suisse veut offrir aux populations particulièrement pauvres et fragiles des dix nouveaux pays membres de l'Union européenne. Notre parti souhaite que cette aide soit principalement axée sur une économie régionale permettant le développement des infrastructures dans les domaines de l'énergie, de l'accès à l'eau potable, de la gestion des eaux usées et du traitement des déchets.

Dans le domaine de la santé, nous souhaitons que les populations aient accès à des soins de qualité et aux médicaments à des prix corrects. L'aide traditionnelle et cette contribution aux dix nouveaux Etats membres de l'UE font partie intégrante de notre politique européenne. La Suisse en profite tant sur le plan politique qu'économique, raison pour laquelle nous vous invitons à refuser les propositions des minorités Wobmann et Schluer.

Il n'est en effet pas imaginable que la Suisse retourne négocier de nouvelles propositions avec l'Union européenne, alors que ce milliard de francs était le prix à payer pour l'obtention des Bilatérales II. Les propositions des membres du groupe UDC sont irréalistes. Le dossier de l'aéroport de Zurich-Kloten est devant la Cour de justice des Communautés européennes, il n'y a pas lieu de s'en mêler tant que celle-ci n'a pas rendu sa décision.

Quant à la fiscalité de l'épargne, l'Union européenne a signé l'accord préservant le secret bancaire, accord qui n'est pas limité dans le temps. Une proposition de renvoi n'a donc pas de fondement. Certes, l'Union européenne a fait quelques remarques négatives sur les avantages fiscaux proposés par certains cantons pour favoriser l'implantation d'entreprises, mais ici encore il n'y a pas lieu de s'affoler. A l'heure actuelle, l'Union européenne n'a pas encore résolu ses propres problèmes de concurrence fiscale; nous n'avons donc rien à craindre pour le moment.

Le Conseil fédéral a mené les négociations pour faire aboutir les Bilatérales II. Il n'y a pas lieu de revenir maintenant sur ces accords avec de nouvelles exigences pour des compensations. C'est notre pays qui est demandeur d'accords bilatéraux, l'Union européenne préférerait – et de loin – que la Suisse adhère à l'Europe.

Dès lors que les arguments des membres du groupe UDC manquent de pertinence, nous vous invitons à soutenir cette loi qui défend les intérêts bien compris de notre pays.

Müller Geri (G, AG): In der Regel löst meine Anwesenheit mehr Unruhe aus als meine Abwesenheit. Ich möchte mich in aller Form entschuldigen, dass ich vorher nicht begründen konnte, weshalb ich diesen Ordnungsantrag gestellt hatte.

Die Bekenntnisse der meisten Parteien haben aber gezeigt, dass sich dieser Antrag erübrigt und am Schluss alle das Kommissionspostulat unterstützen werden.

Zu diesem Gesetz: Die Schweiz reagierte schnell. Kurz nachdem klar war, dass die Auflösung des Comecon und der Sowjetunion definitiv und unumkehrbar war, antizipierte sie die Probleme richtig. Der starke Verbund der Länder damals, so martialisch er oft auch war, gab den Menschen Rückhalt und ein Minimum an Lebenschancen. Immerhin konnten nicht wenige sich trotz Armut und Benachteiligung an einem sozialen Aufstieg erfreuen. Es gab überall Schulen und minimale Gesundheitseinrichtungen, alles Dinge, welche in den Wirren der Folgezeit teilweise ganz oder zumindest im Ansatz zerstört wurden.

Die Ausrufung der freien Marktwirtschaft unter solchen Bedingungen bringt zweifellos ein paar Gewinner, aber ebenso klar ist, dass es umso mehr Verlierer gibt. Wenn jemand etwas verliert, frustriert das, die Folgen können schlimm sein. Zuerst leidet das System zu Hause; Krankheiten, Depressionen, Sucht und Gewalt sind die Folgen davon. Einige wenige wagen dann, einen Schritt weiter zu gehen, sie suchen das Heil in der Ferne.

Der damalige Bundesbeschluss wollte genau dem entgegenwirken. Zuerst wollte man der Bevölkerung zu ihrer konkreten Unterstützung Instrumente in die Hand geben, um sich selbst zu helfen. Einige dieser Massnahmen konnten erfolgreich umgesetzt werden, ihre Wirkung konnte sich entfalten. Verglichen mit der riesigen Anzahl von Menschen in diesen Räumen ergriffen nur wenige das Mittel des Ausreisens. Insgesamt kann man also davon ausgehen, dass die ersten zehn Jahre sehr erfolgreich waren.

In diesem Kontext ist es uns enorm wichtig, dass dieser Bundesbeschluss in ein Bundesgesetz umgewandelt wird. Die Schweiz hat gerade in Osteuropa enorm wichtige Arbeit geleistet, diese Arbeit darf nicht geschmälert werden. Vor diesem Hintergrund haben Sie unseren Ordnungsantrag zu verstehen, wir wollten beides auf sicher haben: die Rettung der Osthilfe wie auch die Sicherheit, dass an der Entwicklungshilfe nichts gespart wird.

Wir bitten Sie sehr, auf dieses Geschäft einzutreten und in der Detailberatung unseren Anträgen zuzustimmen.

Eggly Jacques-Simon (RL, GE): Le groupe radical-libéral a compris que cette loi, qui prend le relais de l'arrêté fédéral précédent, répond à l'idée qu'il y ait une seule base légale pour les deux aspects, à savoir la coopération avec les pays de l'Est qui ne font pas partie de l'Union européenne et avec les nouveaux membres de l'Union européenne. Pour cette raison déjà, qui est tout simplement une raison de logique et de systématique, la proposition Schluer consistant à limiter les montants en rapport avec les nouveaux pays de l'Union européenne est tout à fait déplacée et hors de propos. Les crédits comme tels seront discutés ultérieurement par notre conseil, de manière séparée, d'une part pour ce qui concerne les pays non membres de l'Union européenne, et d'autre part pour les pays membres de l'Union européenne. Le groupe radical-libéral souscrit à la substance des articles 1 et 2 du projet de loi qui nous est proposé. Cela répond à des principes qui sont connus, qui correspondent à notre coopération au développement d'une manière générale, à ce que la Suisse peut apporter à la sécurité, également juridique, qu'elle entend contribuer à instaurer dans les pays partenaires. C'est dans leur intérêt, et c'est dans notre intérêt. Nous sommes donc totalement, avec cette loi, dans le droit fil de notre politique qui consiste à continuer sur la base d'un partenariat solidaire.

Pour ce qui concerne les nouveaux pays de l'Union européenne, nous sommes tout à fait d'accord avec cette idée de solidarité, de convergence avec l'Union européenne, mais dans une démarche autonome, avec une distance, je dirai, certes amicale, reliée, mais qui préserve notre autonomie. Après tout, c'est très exactement le résultat des négociations bilatérales avec l'Union européenne. Or je rappellerai à l'UDC que ces négociations bilatérales avec l'Union européenne répondent à ce qu'elle avait voulu en appelant le

peuple suisse à rejeter l'accord sur l'Espace économique européen. On s'étonne donc que chaque fois que nous réussissons – parfois, c'est un exploit – ces négociations bilatérales, il y ait des critiques à cet égard.

Pour la Suisse, un pays comme la Pologne, par exemple – et je ne dis pas ça seulement parce que mon gendre est polonais –, va devenir un partenaire principal, essentiel dans nos relations européennes. Songez à ce que cela peut receler comme espoir et comme possibilités de développement pour notre économie. Il y a manifestement, avec les nouveaux pays de l'Union européenne, un enjeu sur le plan de la solidarité – on est bien d'accord là-dessus – qui répond à une politique étrangère conduite parfaitement par Madame la conseillère fédérale Calmy-Rey, un enjeu sur les plans politique et économique qui justifie d'ailleurs que la majorité de la commission vous propose de mentionner cet aspect de politique économique à l'article 3.

La minorité formée de membres du groupe UDC qui défend la proposition de renvoi au Conseil fédéral nous a dit: «Si l'on doit entrer en matière sur cette coopération avec les nouveaux pays de l'Union européenne, il nous faut des garanties concernant le secret bancaire, au sujet de l'aéroport de Zurich.» Ce n'est pas sérieux! Les garanties en ce qui concerne notamment la fiscalité ont été données, on les a obtenues – et c'a été un exploit – par nos négociations bilatérales avec l'Union européenne et, naturellement, elles s'appliquent aux nouveaux pays de l'Union européenne. L'aéroport de Zurich, c'est une autre négociation. Il ne faut donc absolument pas se laisser dérouter par ces demandes de garantie qui traduisent en fait une méfiance et une opposition systématiques à toute ouverture européenne, à l'Europe telle qu'elle existe et telle qu'elle existe dans l'intérêt de la Suisse aussi bien que dans la conception que la Suisse a de l'Europe.

Il y a de l'autre côté du paysage politique l'idée qu'il ne faudrait surtout pas diminuer l'aide aux pays du Sud à cause de l'aide aux pays de l'Est, et notamment aux nouveaux pays de l'Union européenne. Nous sommes bien d'accord, mais cela ne doit pas entrer dans la loi. Cette loi présente une base légale pour la coopération avec les pays d'Europe de l'Est. La coopération avec les pays du Sud, elle, ne peut pas être incorporée dans cette loi.

En revanche, le groupe radical-libéral soutient le postulat 06.3006 qui invite précisément le Conseil fédéral à ne pas faire ceci au détriment de cela.

Par contre, il est vrai que la coopération vis-à-vis des nouveaux pays de l'Union européenne va engendrer une diminution de la coopération avec les pays qui n'en font pas partie. Il y a là une sorte de compensation interne entre les deux volets qui paraît tout à fait logique. On verra cela au moment de voter les arrêtés sur les engagements respectifs. Enfin, en ce qui concerne la compensation financière, nécessaire au vu de l'état des finances fédérales – ça ne me fait personnellement pas plaisir de dire ceci: il est évident que le groupe radical-libéral attend des compensations à l'intérieur et dans le cadre des dépenses des deux départements concernés, à savoir le Département fédéral des affaires étrangères et le Département fédéral de l'économie. Cela sera à voir notamment au moment des discussions sur le budget.

Pour terminer, je dirai que, d'une manière générale, la coopération avec tous les pays européens est un enjeu crucial pour la Suisse, comme pour les autres pays d'Europe occidentale; la coopération avec les pays européens qui font partie de l'Union européenne est un enjeu particulièrement crucial, et notre intérêt politique, qui passe également par des questions de sécurité, comme notre intérêt économique, sont évidemment en première ligne. Par conséquent, nous ne pourrions pas comprendre que ce conseil ne mesure pas la portée de cet enjeu.

C'est vous dire que le groupe radical-libéral entre en matière, qu'il est contre toutes les propositions soit de non-entrée en matière, soit de renvoi, qu'il est contre toutes les propositions de minorité et qu'il suivra donc le droit fil de la

majorité tout au long de l'examen des articles de cette loi, et également pour le vote sur le postulat 06.3006.

Zapfl Rosmarie (C, ZH): Mit diesem Geschäft, das wir hier besprechen, schaffen wir die Rechtsgrundlage für zwei sehr wichtige Instrumente der schweizerischen Aussenpolitik: Auf der einen Seite ist es die Fortsetzung der klassischen Osthilfe, auf der anderen Seite sind es unsere Zahlungen an den Abbau der sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede innerhalb der EU. Es ist sinnvoll, dass wir diese beiden Instrumente in diesem Gesetz regeln.

Die CVP-Fraktion begrüsst dieses Gesetz aus drei Gründen: erstens aus Solidarität gegenüber den Oststaaten, zweitens aus wirtschaftlichen Überlegungen und drittens wegen den Auswirkungen auf die Migration in der Schweiz. Der Bundesrat bekräftigt in seinem aussenpolitischen Bericht den politischen und wirtschaftlichen Stellenwert der Ostzusammenarbeit. Die CVP hat sich in den vergangenen Jahren immer klar für die Osthilfe ausgesprochen. Sie entspricht dem heutigen Verständnis der aussenpolitischen Interessenvertretung durch verstärkte internationale Zusammenarbeit und Integration. Die Länder, die unterstützt werden, gehören zu den ärmsten. Mit der Transitionshilfe sollen Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung gefördert werden.

Sicher ist, dass dieser Übergangsprozess weitergeht und sich auch noch in die Länge ziehen wird. Deshalb ist es aussenpolitisch nicht zu verantworten, wenn ein Finanzierungsmodell angewendet wird, das die öffentliche Entwicklungshilfe kürzt – vor allem nicht nach den Versprechungen, die Bundespräsident Samuel Schmid letztes Jahr am Uno-Gipfel in New York abgegeben hat. Das dort definierte Ziel kann nur erreicht werden, wenn der Bundesrat auf seinen Entschluss in der Finanzierung zurückkommt. Der Disparitätenausgleich kann, wie Doris Leuthard in ihrer Motion vorschlägt, durch die Heranziehung der Erträge aus der Zinsbesteuerung und der osterweiterungsbedingten zinslichen Steuereinnahmen sowie durch die im Hinblick auf die Beitragszahlung vorgenommene Kürzung der Osthilfe in der Höhe von 400 Millionen Franken budgetneutral finanziert werden – ohne dass diese öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) gekürzt wird.

Natürlich haben die Kohäsionszahlungen etwas mit den Bilateralen zu tun; das ist uns allen klar. Es ist der Preis, den wir für die Vorteile bezahlen, besonders für diejenigen der Wirtschaft, und das ist korrekt. Ich möchte auf drei Punkte hinweisen, die mir im Zusammenhang mit einem Ja zu diesem Gesetz sehr wichtig sind:

1. Die Demokratisierung: Als Mitglied des Europarates sehe ich immer wieder, wie wichtig die Demokratisierung in den Staaten Osteuropas ist. Es ist die wichtigste Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung. Meine persönliche Erfahrung bei vielen Besuchen in diesen Staaten bestätigt das. Demokratische Strukturen gewähren Sicherheit und Stabilität, und davon profitieren auch wir. Aber um diese zu entwickeln, braucht es Reformen. Dazu gehört vor allem auch die Bekämpfung der Korruption. Das muss Zielsetzung und Motivation der Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas sein. In verschiedenen Regionen dieser Länder zeigt es sich, dass der Friedens- und Stabilitätsprozess noch auf sehr wackeligen Beinen steht.

2. Die Zusammenarbeit mit Dritten: Die Schweiz geniesst in den meisten dieser Länder Osteuropas einen guten Ruf. Dieser ist auf der bisherigen erfolgreichen Zusammenarbeit gegründet. Die Osthilfe nützt der schweizerischen Wirtschaft. In Zukunft werden deren Chancen durch die Erweiterung noch umfangreicher und grösser sein. Längerfristig können sich neue Beschaffungs- und Investitionspotenziale ergeben. Zwischen 1992 und 2002 haben sich die Exporte der Schweiz in die Länder Osteuropas von 2,2 auf 5,4 Milliarden Franken mehr als verdoppelt. Allein im Bereich der Infrastrukturfinanzierung wurden in den vergangenen zehn Jahren Lieferaufträge von ungefähr 1 Milliarde Franken an schweizerische Unternehmen vergeben. In manchen Staaten sind damit sehr grosse Fortschritte erzielt worden.

3. Die weitverbreitete Armut: Das ist eine gefährliche Hypothek für den Reformprozess. Die Schweiz will mit dieser Zusammenarbeit die negativen Folgen des Transitionsprozesses mildern und die Verarmung grosser Bevölkerungsteile bekämpfen helfen, sei das bei Reformen im Gesundheitsbereich und Bildungswesen, was ein ganz wichtiger Aspekt ist, oder bei der humanitären Hilfe an Flüchtlinge und Kriegsoffer. Damit stützt sich der Bundesrat übrigens auf Artikel 54 der Bundesverfassung. Dort wird er nämlich ausdrücklich beauftragt, zur Linderung von Not und Armut beizutragen.

Wenn man also die Bilanz von zwölf Jahren Ostzusammenarbeit analysiert und diese Bilanz seriös zieht, so fällt sie erfreulich aus. Natürlich gibt es einzelne Bereiche, die zu verbessern sind; vor allem soll der Politdialog mit Partnern aus Regierung, Privatsektor und Zivilgesellschaft intensiviert werden. Auch die Synergien zwischen Deza und Seco sollen nach Möglichkeit verstärkt werden – ein uraltes Anliegen von mir persönlich.

In der Botschaft erklärt der Bundesrat, dass er im Rahmen der Jahresberichte über Aussenhandel und Entwicklungspolitik das Parlament regelmässig über die Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas informiert. Auch bei der Beantragung neuer Rahmenkredite wird Bericht erstattet; damit, denke ich, ist auch die Transparenz gewährleistet.

Die CVP-Fraktion unterstützt das Eintreten auf dieses Geschäft, und wir weisen den Rückweisungsantrag der Kommissionsmitglieder aus der SVP-Fraktion zurück.

Studer Heiner (E, AG): Ich bitte Sie ebenfalls, auf diese Vorlage einzutreten. Wenn ich die Argumente höre, die gegen dieses Gesetz vorgebracht werden, frage ich mich, ob wir in einem anderen Film sind: Lesen Sie die Begründung auf der ersten Seite der Botschaft.

Es wird ein Zusammenhang mit dem Flughafen Zürich geschaffen, mit dem Bankgeheimnis – mit Dingen, die nichts mit diesen Staaten Europas, sondern etwas mit der EU zu tun haben. Wir machen hier nicht ein neues Gesetz zum Verhältnis zwischen der Schweiz und der Europäischen Union, sondern wir machen ein Gesetz zum Verhältnis zwischen der Schweiz und den Staaten Osteuropas. Das ist ja das Wesentliche: dass wir die gute Zusammenarbeit mit den Demokratien Osteuropas, die wir begonnen haben, erweitern. Das ist also das Zentrale, weshalb man auf dieses Gesetz eintreten soll und weshalb die Hauptdebatte vermutlich beim Eintreten stattfindet und nicht bei der Beratung der Details, die nicht allzu zahlreich sind, auch wenn sie umstritten sind.

Im Ganzen verstehe ich natürlich, dass die EU insofern immer wieder ins Spiel kommt, als die Frage der Kohäsionszahlungen mitschwingt. Und selbstverständlich ist dieses Gesetz die rechtliche Grundlage dafür, dass wir dann später die Vorlage für die Kohäsionszahlungen behandeln können, aber das ist nicht Teil dieses Gesetzes. Wenn man jetzt versucht, das bei der Detailberatung noch auf andere Weise einzubauen, dann ist das sachlich nicht richtig. Die Kohäsionszahlungen und die Bilateralen II haben einen Zusammenhang, das ist auch für uns klar, das haben wir nie bestritten. Sie haben einen sachlichen Zusammenhang, aber keinen juristischen. Deshalb haben wir auch einiges an Freiheit in der Art und Weise, wie diese Milliarde in den maximal acht Jahren zusammengebracht werden soll.

Da muss ich einfach sagen, dass ich es nicht verstehe, wenn immer ins Feld geführt wird, beim EDA und beim EVD müsse das eingesparrt werden, es könnten dann noch Einnahmen aus der Zinsbesteuerung dazukommen, dass aber das Justiz- und Polizeidepartement nicht einbezogen wird. Das verstehe ich nicht, denn durch Schengen und Dublin haben wir doch in diesem Bereich – das sagt immerhin das Departement – mindestens 80 Millionen Franken weniger Ausgaben. Also ist es doch logisch: Wenn uns dann der Bundesrat diese Vorschläge macht, wo was zu kompensieren ist, dann soll es nicht ohne das EJPD gehen, weil dieses ja auch von dieser Sachlage profitiert.

Aber einfach kurz zusammengefasst: Es ist wichtig, dass wir dieses Gesetz genehmigen, weil für uns die Zusammenarbeit mit den Demokratien im Osten Europas sehr wichtig ist und weil sie allen Beteiligten dient.

Calmy-Rey Micheline, conseillère fédérale: Cela fait deux ans que le Conseil fédéral a soumis le projet de loi sur la coopération avec les Etats d'Europe de l'Est au Parlement. En avril 2004, le Conseil fédéral entendait simplement prolonger la base légale existante, afin de permettre la continuation de notre aide aux pays postcommunistes en transition. La validité de l'arrêté fédéral de 1995 était limitée à dix ans. Il devait être renouvelé et prolongé grâce à ce projet de loi. Celui-ci est à nouveau prévu pour une période de dix ans. Le Conseil fédéral considère donc la coopération avec les pays de l'Est comme une mesure limitée dans le temps.

Après ce long processus de délibérations politiques, le Conseil des Etats a approuvé le 15 décembre 2005, à l'unanimité, le projet de loi fédérale sur la coopération avec les Etats d'Europe de l'Est. Je constate aujourd'hui que pendant les discussions au sein des Commissions de politique extérieure, personne n'a jamais remis en question notre aide classique aux pays de l'Est, qui reste l'objectif primaire de cette loi. Dès la première heure, la Suisse s'est montrée solidaire avec les populations d'Europe centrale et orientale. Elle a manifesté sa volonté de participer concrètement aux gigantesques transformations en cours dans cette région. Quinze ans plus tard, l'aide aux pays de l'Est est consolidée et reconnue. Elle jouit d'une réputation qui va bien au-delà de nos frontières et fait partie intégrante des instruments de notre politique étrangère dans cette région voisine d'importance considérable; d'où la nécessité de procéder à la consolidation de la base légale pour la coopération avec les Etats d'Europe de l'Est, pour assurer la pérennité de notre engagement en vue d'un continent plus sûr et plus prospère. Le 1er mai 2004, dix nouveaux Etats sont devenus membres de l'Union européenne dans le cadre de l'élargissement le plus important de son histoire. Ce dernier a permis à l'Europe de surmonter définitivement la division provoquée par la guerre froide. Le Conseil fédéral reconnaît l'importance de cette étape historique qu'il considère comme une avancée déterminante vers plus de sécurité, plus de stabilité et plus de bien-être pour nous tous. Outre les avantages politiques qu'offre une Europe plus sûre et plus stable, la Suisse bénéficie – sur le plan économique également – de l'extension des accords bilatéraux à l'une des régions les plus dynamiques du monde.

A l'exception de Malte et de Chypre, tous les nouveaux Etats membres de l'Union européenne sont des Etats d'Europe de l'Est, qui ont bénéficié de notre aide à la transition au début des années 1990. Il existe donc un lien entre l'aide classique à l'Europe de l'Est et la nouvelle contribution suisse à la réduction des disparités économiques et sociales au sein de l'Union européenne élargie.

A ce développement s'est ajouté l'aboutissement des négociations bilatérales avec l'Union européenne, qui ont mené à la conclusion de neuf nouveaux accords entre la Suisse et l'Union européenne.

Selon les décisions du Conseil fédéral de mars et de mai 2004, le projet de loi devrait servir de base légale, aussi bien pour la continuation de notre programme de soutien à la transition dans les pays d'Europe de l'Est et de la CEI que pour la contribution suisse en faveur des nouveaux pays membres de l'Union européenne.

Vu les développements dans ce dossier, le Conseil des Etats avait à l'époque préféré suspendre le traitement du projet de loi et avait requis des éléments supplémentaires sur la relation entre la contribution et l'aide à la transition. Entre-temps, les éléments déterminants pour la contribution suisse en faveur des nouveaux Etats membres de l'Union européenne ont été clarifiés, et le Conseil des Etats a pu prendre des décisions importantes à ce sujet.

S'agissant de la contribution pour la réduction des disparités économiques et sociales au sein de l'Union européenne

élargie, le mémorandum d'entente avec l'Union européenne a été signé le 27 février 2006 à Bruxelles. Ce mémorandum définit la finalité et les modalités de notre contribution. Il détermine le cercle des Etats bénéficiaires ainsi que les domaines d'engagement. Sur la base du projet de loi, la contribution suisse sera mise en oeuvre par le truchement d'accords bilatéraux à conclure avec les Etats bénéficiaires.

La contribution suisse répond à une volonté de solidarité suite à l'élargissement le 1er mai 2004; elle vise à réduire les disparités économiques et sociales au sein de l'Europe. L'engagement fixé à 1 milliard de francs se répartira sur une période de cinq ans à compter de l'approbation du crédit-cadre correspondant par le Parlement; les déboursments, par contre, sur une période d'environ dix ans. Je tiens à répéter ici qu'il ne s'agit en aucun cas d'un versement à des fonds internes de cohésion européenne.

En ce qui concerne le contenu du projet de loi, il est intéressant de constater que seules des modifications mineures ont été apportées par le Parlement. Afin d'intégrer la contribution à l'Union européenne élargie, le champ d'application géographique de la loi a dû être complété par l'adjonction de Chypre et de Malte. D'autre part, la Commission de politique extérieure a décidé de mentionner, à l'article 3 alinéa 1, que la coopération fait partie intégrante, non seulement de la politique étrangère, mais aussi de la politique économique extérieure de la Suisse.

Comme je l'ai indiqué pendant la réunion de la commission, nous estimons que les relations économiques font partie de notre politique étrangère en général et que cette précision est dès lors superflue, car elle n'apporte rien au texte de loi. Je vous prie aussi de tenir compte, lors de vos délibérations, du fait que cette modification mène à une procédure d'élimination des divergences avec le Conseil des Etats.

Au cours des discussions au sein de la commission du Conseil national, nous avons aussi abordé la question du financement de la contribution suisse à l'Union européenne élargie. L'annonce du Conseil fédéral du 12 mai 2004 d'octroyer une contribution à l'Union européenne élargie sans engendrer de dépenses supplémentaires pour le budget fédéral a soulevé une série de questions. Plusieurs motions et postulats ont porté sur la base juridique de la contribution suisse, mais aussi et surtout sur son financement.

Le Conseil fédéral s'est prononcé vendredi dernier sur la motion Leuthard 05.3808 ainsi que sur le postulat de la Commission de politique extérieure 06.3006. Sur la base d'un déboursement portant sur dix ans, le Conseil fédéral a décidé les principes de financement suivants, qui reposent sur deux piliers: les compensations s'effectueront, d'une part, sur les Départements fédéraux des affaires étrangères et de l'économie; d'autre part, selon le rapport sur le plan financier pour la période 2006–2008, le Conseil fédéral étudie la prise en compte des recettes qui découlent de l'accord bilatéral sur la fiscalité de l'épargne. Certes, des économies seront faites sur les budgets du DFAE et du DFE sur la coopération classique avec l'Est, mais comme le Conseil fédéral l'a confirmé dans sa réponse au postulat de la commission, l'aide publique au développement au Sud ne sera pas touchée par ces économies.

Le Conseil fédéral s'engage aussi à trouver des solutions qui ne remettent pas en question la coopération traditionnelle avec les pays de l'Est en transition, c'est-à-dire que cette coopération devra rester crédible. Avec ces principes, le Conseil fédéral tient compte non seulement de la situation budgétaire de la Confédération, mais aussi des exigences de notre politique étrangère.

En résumé, la solution de financement ne coûtera pas d'argent supplémentaire aux contribuables suisses.

Je voudrais en gros répondre aux critiques relativement dures qui ont été faites. Je dois dire que je trouve assez difficile ce type de critiques qui sont à l'appui d'argumentations complètement inexistantes ou d'une grosse méconnaissance du dossier.

Tout d'abord, on s'exprime en parlant de cohésion, et je le répète encore une fois: la contribution suisse n'est pas une association à la politique de cohésion de l'Union euro-

péenne. La contribution suisse est un programme particulier où la Suisse décidera elle-même, et qui vise les dix nouveaux pays membres de l'Union européenne.

Ensuite, on nous dit: «Vous devez réclamer des contreparties.» Sans parler de contreparties proprement dites, il faut bien avouer que le milliard de francs de la contribution suisse facilite la voie des Bilatérales. Faciliter la voie des Bilatérales, c'est aussi l'accès au grand marché de l'Union européenne, 450 millions de consommateurs et de consommatrices; c'est aussi reconnaître que l'élargissement de l'Union européenne contribue à la paix et à la stabilité sur le continent européen, dont nous, les Suissesses et les Suisses, profitons aussi.

On nous dit encore: «Il faudrait demander qu'on se mette d'accord sur l'aéroport de Zurich-Kloten.» L'aéroport de Zurich-Kloten est un problème bilatéral qui doit être discuté entre la Suisse et l'Allemagne et qui n'a pas à être discuté avec la Commission européenne.

Enfin, le secret bancaire – cela a déjà été dit, je le répète: la question a été résolue dans les accords de Schengen. Ensuite, pour ce qui concerne les régimes fiscaux des cantons, nous avons répondu aux demandes de la Commission européenne et nous n'avons pas l'intention d'entrer en matière et d'ouvrir la porte sur des questions de cette sorte avec la Commission européenne.

Enfin, pour ce qui concerne la Roumanie et la Bulgarie, nous avons négocié dans un mémorandum les conditions-cadres qui président au paiement de la contribution suisse. Dans ces conditions-cadres, nous avons négocié au bénéfice des dix nouveaux pays membres de l'Union européenne, ni plus ni moins, et nous n'entendons pas aller au-delà pour le moment.

Encore une remarque: il ne faut pas perdre de vue l'objectif du Conseil fédéral d'accroître le montant global de notre aide publique au développement pour atteindre les Objectifs du Millénaire pour le développement. Or, dans la mesure de la compensation sur les deux départements concernés, il y aura réduction de notre aide publique au développement, car – répétons-le – la contribution à l'Union européenne élargie ne fait pas partie de notre aide publique au développement, tandis que les programmes de soutien à la transition sont comptabilisés à 90 pour cent dans le cadre de l'aide publique de la Suisse au développement.

Même si nous connaissons tous les problèmes liés au financement de la contribution à l'Union européenne élargie, il s'agit en premier lieu d'assurer la continuation de notre engagement à l'Est et donc d'approuver le renouvellement et la prolongation de la base légale existante. Ce n'est que dans une deuxième étape que le Conseil fédéral proposera une solution détaillée à la question du financement, dans le cadre des messages sur les crédits d'engagements respectifs.

Afin d'assurer un maximum de transparence, le Conseil fédéral soumettra en été 2006 deux crédits-cadres au Parlement, le premier pour une contribution suisse en faveur de la réduction des disparités économiques et le second pour la poursuite de l'aide à la transition. Les deux messages devront être traités par le Parlement pendant les sessions d'automne et d'hiver 2006. Les Chambres fédérales auront donc amplement la possibilité de délibérer de notre futur engagement en Europe de l'Est et de se prononcer concrètement sur les questions de la conception, de l'exécution et du financement de la contribution suisse. Je tiens aussi à préciser clairement qu'il ne s'agit en aucun cas de contourner la décision du peuple: comme toute autre loi fédérale, celle-ci est soumise au référendum facultatif.

D'une part, la Suisse peut apporter une contribution spécifique en relation avec l'effort de l'Union européenne en vue d'intégrer équitablement les dix nouveaux pays membres. D'autre part, elle doit aussi continuer à s'associer à l'engagement international en faveur des pays en transition, moins favorisés et moins avancés dans les réformes. Je constate avec satisfaction que les deux chambres ont clairement confirmé leur volonté de laisser à la coopération avec les Etats

d'Europe de l'Est le caractère d'instrument autonome de notre politique étrangère.

Les défis que devront relever nos voisins balkaniques et les pays du Caucase et de l'Asie centrale restent en effet énormes. Si certains succès de la transition sont impressionnants, le travail n'en est pas fini pour autant et risque même de ne pas aboutir si l'Europe ne poursuit pas son effort pour le mener à bien, car la situation dans les Balkans reste fragile et elle est critiquée dans certains pays de la CEI, y compris dans plusieurs pays membres de notre groupe de vote à la Banque mondiale et au FMI.

La coopération avec les Etats d'Europe de l'Est n'est pas seulement un geste de solidarité, elle correspond clairement à notre propre intérêt et je vous demande de bien vouloir adopter la loi fédérale sur la coopération avec les Etats d'Europe de l'Est.

Wobmann Walter (V, SO): Frau Bundesrätin, eine ganz kurze Frage: Was passiert genau, wenn diese eine Milliarde Franken bezahlt ist? Ist dann tatsächlich Schluss? Gibt es keine weiteren Zahlungen mehr?

Calmy-Rey Micheline, conseillère fédérale: Je le répète encore une fois: nous avons négocié un Memorandum of Understanding avec l'Union européenne, qui a été signé le 27 février dernier. Ce mémorandum prévoit que la contribution suisse va aux dix nouveaux pays membres de l'Union européenne, qu'elle sera de 1 milliard de francs, portant sur une période de cinq ans. Il n'a rien été négocié d'autre.

Le fait que l'Union européenne prépare des mandats de négociation pour la Bulgarie et la Roumanie est l'affaire de l'Union européenne elle-même. Nous jugeons qu'il est prématuré de mettre en avant ces questions, et, encore une fois, nous n'avons rien négocié d'autre.

Dupraz John (RL, GE), pour la commission: Au nom de la majorité de la commission, je vous demande d'entrer en matière et de rejeter toutes les propositions présentées. En effet, la majorité de la commission estime que la poursuite de l'aide à la transition dans les pays d'Europe de l'Est et de la CEI est nécessaire – cela n'est pas contesté.

Quant au milliard de francs de solidarité, contrairement à ce qu'ont dit certaines personnes qui sont opposées au projet, le Conseil fédéral a parfaitement tenu ses engagements. Je crois qu'on peut le féliciter du tour de force qu'il a réussi, à savoir que ce milliard n'est pas lié au fonds de cohésion de l'Union européenne, qu'il est attribué uniquement aux dix nouveaux pays selon un Memorandum of Understanding qui a été signé le 27 février dernier, comme Madame la conseillère fédérale Calmy-Rey l'a dit. La Suisse maîtrise parfaitement la gestion de ce milliard avec les pays qui seront bénéficiaires de sa contribution.

Monsieur Schluer, lorsque vous exigez des compensations, mais quel monstrueux égoïsme! Ce milliard de francs n'est jamais qu'une compensation pour les avantages et les bénéfices que la Suisse retire des accords bilatéraux III! N'oubliez pas que c'est un marché gigantesque qui s'ouvre à nos entreprises. Du reste, votre parti l'a bien senti puisqu'il a d'ores et déjà annoncé qu'il ne lancerait pas de référendum. Il est clair que nous avons beaucoup plus avantage à ce que les accords précités soient ratifiés par les pays de l'Union européenne et entrent en vigueur. Pour cela, nous devons nous acquitter de ce milliard de francs de solidarité. Je vous invite à entrer en matière.

Schluer Ulrich (V, ZH): Herr Dupraz, Sie preisen lauthals die grossen Gewinne, welche die Schweiz als Folge der EU-Osterweiterung angeblich erzielt habe. Ist Ihnen bewusst, dass die Ausdehnung der Geschäftsbeziehungen vonseiten der Schweiz seit der Erweiterung der EU in diese Länder ganz genau 2,4 Prozent – 2,4 Prozent! – beträgt?

Dupraz John (RL, GE), pour la commission: Monsieur Schluer, je sais bien que pour vous, l'Europe, c'est la peste ou le diable. C'est votre droit. Mais pas plus tard que ce matin, dans

le train qui m'amenait à Berne, je lisais dans un rapport d'Avenir Suisse – qui n'est pas composé, quand même, de gauchistes, ni de pro-européens acharnés – que la suppression des frontières permettrait à l'économie de notre pays de gagner 4,6 milliards de francs.

Si vous voulez vous replier sur vous-même et vivre en autarcie, c'est votre droit. Moi, je veux que, pour nos enfants et nos petits-enfants, ce pays ait un avenir et de bonnes relations avec ses voisins de l'Union européenne.

Müller-Hemmi Vreni (S, ZH), für die Kommission: Es schadet vielleicht nicht, wenn ich im Namen der Kommission am Schluss noch auf Deutsch festhalte, dass die Ostzusammenarbeit, begonnen im Jahre 1989, abgestützt in einem Bundesbeschluss im Jahre 1995, die wir heute mit diesem neuen Gesetz auch weiter verankern wollen, im Interesse eines stabilen, sicheren und demokratischen Europa ist. Das war der Grund für unsere bisherigen Transitionsleistungen. Das ist auch der Grund für die künftigen Arbeiten, die wir aufgrund dieses neuen Gesetzes leisten wollen.

Ich möchte auch klar festhalten, dass es nicht stimmt, dass sich die Aussenpolitische Kommission je gegen Beitragsleistungen an die erweiterte Europäische Union ausgesprochen hat. Das Gegenteil ist der Fall. Darum haben wir ja in diesem Rat und auch im Ständerat im Jahre 2004 beschlossen, das Gesetz zu sistieren, den Verhandlungsprozess mit der EU abzuwarten und dann zu entscheiden, wo wir allenfalls noch gesetzliche Beschlüsse zu fassen haben.

Es war dem Bundesrat, es war der Aussenpolitischen Kommission, die sich regelmässig über die Verhandlungen mit der EU informieren liess, es war uns allen klar, die die Bilateralen II wie auch die Erweiterung der Personenfreizügigkeit unterstützt haben: Die Erweiterung der EU trägt zur Sicherung von Frieden, Stabilität und Prosperität in Europa bei. Die Schweiz unterstreicht mit ihrem Beitrag einerseits ihr Interesse, andererseits aber auch ihr solidarisches Engagement für diese Erweiterung. Aus diesen Gründen hat eine deutliche Mehrheit der Aussenpolitischen Kommission diese Nichteintretens- und Rückweisungsanträge abgelehnt.

Ich beantrage Ihnen im Namen der Kommission Eintreten auf das Gesetz.

Präsident (Janiak Claude, Präsident): Prima della votazione vorrei esprimere i migliori auguri alla collega Sadis che ha avuto il suo compleanno sabato scorso. (*Acclamazioni*) Wir stimmen über den Nichteintretensantrag der Minderheit Wobmann/Hess Bernhard ab.

Abstimmung – Vote

(*namentlich – nominatif*: Beilage – Annexe 04.021/2943)

Für Eintreten 129 Stimmen

Dagegen 45 Stimmen

Präsident (Janiak Claude, Präsident): Da Frau Vermot-Mangold nun auch im Saal ist, möchte ich ihr nachträglich auch noch zum Geburtstag gratulieren. Auch sie hat am Samstag ihren Geburtstag gefeiert. (*Beifall*)

Wir stimmen nun über die Rückweisungsanträge der Minderheit Schluer bzw. Zisyadis ab. Ich schlage Ihnen vor, getrennt über die beiden Rückweisungsanträge abzustimmen, da sie sich nicht ausschliessen, sondern sich theoretisch auch ergänzen könnten. – Sie sind damit einverstanden.

Abstimmung – Vote

(*namentlich – nominatif*: Beilage – Annexe 04.021/2944)

Für den Antrag der Minderheit 48 Stimmen

Dagegen 127 Stimmen

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Zisyadis 9 Stimmen

Dagegen 143 Stimmen

Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas
Loi fédérale sur la coopération avec les Etats d'Europe de l'Est

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Müller Geri)

Abs. 1

.... Demokratie und in deren sozialer Ausgestaltung zu unterstützen.

Abs. 2

.... die ehemaligen Comecon-Länder, das ehemalige Jugoslawien und Albanien.

Eventualantrag Zisyadis

(falls der Rückweisungsantrag abgelehnt wird)

Abs. 2

.... die ehemals kommunistischen und heute kapitalistischen Länder

Art. 1

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Müller Geri)

Al. 1

.... la démocratie et mettre en place leurs structures sociales.

Al. 2

.... sont les anciens pays membres du Comecon, l'ex-Yougoslavie et l'Albanie.

Proposition subsidiaire Zisyadis

(au cas où la proposition de renvoi serait rejetée)

Al. 2

.... autrefois communistes et maintenant enfin capitalistes d'Europe de l'Est

Abs. 1 – Al. 1

Müller Geri (G, AG): Der Änderungsantrag zu Artikel 1 Absatz 1 betrifft nur ein kleines Detail, das für uns aber sehr wesentlich ist. Es betrifft das Detail der Demokratie und der Wirtschaft. Wir setzen als Zielsetzung der Osthilfe ganz klar die Demokratie. Demokratie ist auch etwas, das die Schweiz exportieren kann. Demokratie ist auch ein bewährtes Instrument, das an verschiedenen Orten präsentiert werden kann, und damit hat die Schweiz sehr gute Erfahrungen gemacht, nicht nur in Osteuropa, auch in anderen Ländern.

Wir möchten mit diesem Antrag diese Position klar stärken. Demokratie, so liest man sehr oft – auch in freisinnigen Papieren –, sei die Voraussetzung für die Wirtschaft. Das heisst, wenn sich die Demokratie gut entwickeln kann, entwickelt sich daraus eine Wirtschaft, frei bestimmt durch das Volk, wie das Volk sie haben möchte. Ob daraus eine Marktwirtschaft werden soll, das steht diesem Volke frei. Das sollten wir nicht eng in diesem Gesetz festschreiben und festhalten.

Deshalb bitten wir Sie, diesem Antrag zu folgen. Er stärkt die Zielrichtung der Schweiz, stärkt die Zielrichtung der Demokratie und öffnet die Möglichkeit für die Völker, frei zu entscheiden, ob sie einen Markt wollen, welche Wirtschaft sie haben möchten.

Wir danken Ihnen für die Unterstützung dieser Position.

Lang Josef (G, ZG): Ich spreche zu Artikel 1 und gleichzeitig zu Artikel 2. Diese beiden Artikel schreiben den Hilfeempfängern den Übergang zur Marktwirtschaft vor. Artikel 2 macht die Marktwirtschaft sogar zum Fundament der sozialen und kulturellen Entwicklung. Es ist nicht falsch, die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinwesen, die Hilfe mit Zielen und Bedingungen zu verknüpfen, sofern diese universeller Natur sind. Demokratie und die Menschenrechte gehören dazu, aber die Marktwirtschaft gehört nicht dazu. Es gibt kein Gründungsdokument des politischen Liberalismus, der Aufklärung, das den Markt zur notwendigen und damit universellen Grundlage der modernen Demokratie erklärt. Es ist falsch, gegenüber anderen Gemeinwesen etwas zu postulieren, das keine universelle Gültigkeit beanspruchen kann. Es ist auch falsch, den Markt auf die gleiche Ebene zu stellen wie die Demokratie und die Menschenrechte. Es geht nicht um die Frage, was für eine Wirtschaftsordnung wir besser finden. Es geht darum, dass es nicht unser Recht ist, irgendeinem Volk eine bestimmte Wirtschaftsordnung aufzuzwingen.

Im Namen der grünen Fraktion bitte ich Sie, den Anträgen der Minderheit Müller Geri zuzustimmen, die sich auf die Postulierung universell anerkannter Ziele beschränken: Demokratie, Menschenrechte, soziale Sicherheit, sozialer Ausgleich, Erhaltung der Lebensgrundlagen und natürlich Frieden.

Noch drei Sätze zu Artikel 1 Absatz 2: Der ideologische Begriff «kommunistisch» hat in einem Gesetz nichts zu suchen. Der Antrag der Minderheit Müller Geri ist diesbezüglich neutraler. Abgesehen davon waren diese Staaten nicht kommunistisch, sondern stalinistisch.

Calmy-Rey Micheline, conseillère fédérale: Je vous demande d'en rester au texte du projet du Conseil fédéral. On nous demande de biffer simplement «réaliser la transition vers l'économie de marché». Ces pays sont dans un processus de transition d'une économie planifiée vers l'économie de marché, et il est vrai qu'institutionnellement ils ont besoin d'aide pour assurer cette transition. Cela a été l'engagement de la Suisse depuis le début. Nous proposons d'en rester là; cette loi est la continuation de l'engagement de la Suisse dès que le rideau de fer a été aboli.

Ensuite, la proposition de minorité qui est faite à l'alinéa 2: là aussi, je vous propose d'en rester au texte original qui vous est proposé, à savoir «les pays autrefois communistes d'Europe de l'Est». Cette formulation est plus traditionnelle, elle a prévalu jusqu'ici, alors que la mention du Comecon est une mention qui relève de l'économie, puisque c'était un groupe-ment d'Etats liés dans un marché.

Je vous propose de rejeter cette proposition de minorité.

Müller-Hemmi Vreni (S, ZH), für die Kommission: Die Mehrheit der APK empfiehlt Ihnen, bei der von ihr beantragten Formulierung zu bleiben. Sie entspricht auch derjenigen des Bundesbeschlusses von 1995. Wir haben dies mit 17 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen entschieden.

Die Minderheit stört sich an der Erwähnung der Marktwirtschaft. Dazu ist einfach zu sagen, dass die Schweizer Osthilfe von Beginn weg zwei Oberziele hatte: einerseits die Stärkung der Menschenrechte und der Demokratie durch den Aufbau von stabilen, bürgernahen Institutionen und andererseits die Förderung einer dauerhaften wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, die auf marktwirtschaftlichen Grundsätzen und schonendem Umgang mit natürlichen Ressourcen beruht. Ich kann darauf hinweisen, dass man beispielsweise bei allen Projekten der Deza oder des Seco, beispielsweise bei der KMU-Förderung, den Kleinkrediten oder in der Landwirtschaft, diesen Prinzipien gefolgt ist.

Zum Antrag der Minderheit Müller Geri zu Absatz 2: Auch hier hat die Kommission mit 19 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen entschieden, bei der Formulierung von Bundesrat und Ständerat zu bleiben. Die kurze Diskussion in der APK dazu zeigte, dass die von Geri Müller beantragte Formulierung mehr Verwirrung als Klarheit bringt. Dasselbe sage ich auch zum Antrag Zisyadis. Ich verweise noch auf die Erläuterung in der Botschaft, wo es heisst: «Unter dem vereinfachten Begriff 'Staaten Osteuropas' werden sogenannte osteuropäische Transitionsländer verstanden, das heisst alle ehemals kommunistischen ost-, mittel- und südosteuropäischen Länder beziehungsweise deren Nachfolgestaaten sowie die Staaten auf dem Gebiet der GUS.»

Präsident (Janiak Claude, Präsident): Der französischsprachige Berichterstatter, Herr Dupraz, verzichtet auf das Wort.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 107 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 51 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2

Müller Geri (G, AG): Es geht bei der Verbesserung dieses Osthilfegesetzes auch darum, dass man Präzisierungen macht. Mit der jetzigen Diskussion spricht man an und denkt daran, dass alle diese Länder kommunistisch gewesen sind, und versucht sie dann in zwei Gruppen einzupacken. Dass damit nicht alle erreicht worden sind, ist klar. Ich habe versucht, einfach auf die Wirtschaftsform – weil sie einen grossen Teil dieser Vorlage ausmacht – Rücksicht zu nehmen und das so zu definieren: «die ehemaligen Comecon-Länder, das ehemalige Jugoslawien und Albanien». Damit sind sämtliche Länder gemeint, um die es bei dieser Osthilfe geht. Es ist auch nicht derart – sagen wir einmal – im Voraus verurteilend wie die Bezeichnung «kommunistisch». Ich bitte Sie sehr, diese Präzisierung anzunehmen.

Jutzet Erwin (S, FR): Herr Kollege Müller, ich stelle Ihnen die gleiche Frage, die ich schon in der APK-Sitzung gestellt habe. Sie reden von einer Präzisierung, aber unter Ihren Begriff «Comecon-Länder» fallen Länder wie beispielsweise Moldawien, die Ukraine oder die Kaukasusstaaten – Armenien, Aserbaidschan, Georgien – nicht. Sind Sie sich dessen bewusst?

Müller Geri (G, AG): Das sind alles Länder der ehemaligen Sowjetunion, und die war ein Teil des Comecon.

Zisyadis Josef (–, VD): C'est une agréable surprise que de voir incorporés à l'alinéa 2 de l'article 1 – dans une loi qui est pourtant précise – des éléments idéologiques assez fondamentaux, qui ont une grande importance. Quand on lit «les pays autrefois communistes d'Europe de l'Est», j'imagine que l'on a fait entrer dans la loi des considérations de fond idéologiques et philosophiques.

Mais dans ce cas, je pense que la plus grande précision s'impose. En effet, il est un peu dommage de ne pas profiter de la loi pour faire ce type de précision juridique et d'écrire seulement «les pays autrefois communistes d'Europe de l'Est», sans mentionner qu'ils sont maintenant enfin capitalistes. Donc je plaide vraiment pour que vous rajoutiez cette précision, qui permettrait de montrer à quel point nous sommes attachés à la précision des choses, lors de discussions bilatérales européennes.

Par ailleurs, je vous invite à constater que la traduction de ma proposition subsidiaire est totalement fausse, puisqu'il faudrait lire en allemand «heute endlich». Le mot manquant «endlich» est fondamental. Cela a donc été mal traduit.

Je vous invite à adopter cet amendement.

Calmy-Rey Micheline, conseillère fédérale: Je vous invite à rejeter la proposition de la minorité Müller Geri à l'article 1 alinéa 2, car cet amendement pose plus de problèmes qu'il n'en résout.

En ce qui concerne la proposition subsidiaire Zisyadis: Monsieur Zisyadis, je vous admire vraiment, car arriver à défendre avec le sérieux avec lequel vous l'avez fait l'amendement que vous proposez, c'est un véritable tour de force. Mais malheureusement, je dois quand même inviter le conseil à rejeter votre proposition subsidiaire.

Dupraz John (RL, GE), pour la commission: J'aimerais tout d'abord dire que la formulation de l'article 1 alinéa 2 est la même que celle de l'arrêté fédéral qui a permis à la Suisse jusqu'à aujourd'hui de travailler avec ces différents pays. Quant à la mention du Comecon, elle est malvenue, car elle n'apporte rien et, du reste, c'est une organisation qui n'existe plus.

Au nom de la majorité de la commission, je vous demande donc d'en rester au texte du Conseil fédéral et de rejeter la proposition de la minorité. Du reste, c'est par 19 voix contre 2 que la commission s'en est tenue au texte proposé par le Conseil fédéral. Quant à la proposition subsidiaire Zisyadis, c'est une galéjade, et je pense que cela ne vaut même pas la peine d'en parler.

Je vous demande encore une fois de vous en tenir au texte du Conseil fédéral.

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Mehrheit 99 Stimmen

Für den Eventualantrag Zisyadis 31 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag der Mehrheit 134 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 9 Stimmen

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Müller Geri)

....

b. Unterstützung der notleidenden Bevölkerung und Bekämpfung der Armut sowie Förderung der Menschenrechte, der Demokratie, des friedlichen Zusammenlebens der Völker und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Art. 2

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Müller Geri)

....

b. soulager les populations dans le besoin et lutter contre la pauvreté ainsi que promouvoir le respect des droits de l'homme, la démocratie, la coexistence pacifique des peuples et la préservation des ressources naturelles.

Müller Geri (G, AG): Bei Artikel 1 ging es um die Definition des Gegenstandes, bei Artikel 2 geht es um das Ziel unserer Handlungen in diesen Ländern. Wir haben versucht, mit diesem Minderheitsantrag, der auch von meiner Kollegin unterstützt wurde, das ins Zentrum zu rücken, worin wir den hauptsächlichsten Teil des Problems sehen.

Ich habe Ihnen vorhin erklärt, wie es diesen Ländern ganz am Anfang erging, was nach der Auflösung der Strukturen, die die Sowjetunion oder eben ihre Satellitenstaaten geboten hatten, passierte: Das Allererste, was passierte, war der Strukturzerfall, das Allererste, was passierte, war die Spekulation. Daraufhin begann ein grosser Teil der Leute zu leiden.

Das Ziel unserer Hilfe muss dahin gehen, dass dieses Leiden zumindest abgeschwächt wird, dass die Leute Hoffnung

schöpfen können, mit ihren Fähigkeiten, mit ihren Möglichkeiten etwas anzufangen. Darin unterscheiden sich diese Länder Osteuropas auch ganz gewaltig von anderen Ländern. Es gibt dort Leute, die sehr gut ausgebildet sind, es ist eine Kapazität vorhanden, man kann auf Ressourcen aufbauen, die sehr wichtig sind. Was die Leute damit machen, das müssen wir ihnen überlassen. Das ist Hilfe auf gleicher Augenhöhe, das ist Hilfe, die man den Leuten entgegenbringt, die mit einem verhandeln und diskutieren wollen. Das eigentliche Ziel muss sein, dass die Möglichkeit besteht, die Menschenrechte zu fördern, die Egalität zu fördern, die Demokratie zu fördern und die Zukunft als das, was wir unter nachhaltiger Entwicklung verstehen. Es geht hier also nicht darum, diesen Leuten eine Wirtschaft nachzubauen, an die wir heute glauben – wobei unsere Wirtschaft, wie Sie sehen, wenn Sie genau hinschauen, auch nicht immer so gut für alle zugänglich ist, wie wir uns das vorstellen. Wir bitten Sie also, unser Kerngeschäft ganz klar dahin zu richten, wo es um den Aufbau, die Unterstützung der Bevölkerung in Demokratie-, Menschenrechts- und Entwicklungsfragen geht, und bitten Sie deshalb, diese Akzentuierung des Zieles zu unterstützen.

Müller-Hemmi Vreni (S, ZH), für die Kommission: Die Kommission war der Meinung, dass dieser Zielartikel, der eigentlich die wortwörtliche Wiederholung des entsprechenden Artikels im Bundesbeschluss von 1995 ist, nach wie vor richtig ist und dass es nicht Zweck eines Gesetzes sein soll, die Verfassung zu wiederholen.

Die APK empfiehlt Ihnen mit 18 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen Ablehnung dieses Minderheitsantrages.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 101 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 45 Stimmen

Art. 3

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

.... schweizerischen Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik. Sie beruht

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Jutzet, Darbellay, Fehr Mario, John-Calame, Gysin Remo, Maury Pasquier, Müller Geri, Müller-Hemmi, Rennwald, Roth-Bernasconi, Studer Heiner, Zapfl)

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der grünen Fraktion

Abs. 4

Die zeitlich befristete Leistung der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten in den zehn neuen EU-Mitgliedsländern wird nicht auf Kosten der öffentlichen Entwicklungshilfe finanziert.

Art. 3

Proposition de la majorité

Al. 1

.... de la politique étrangère et de la politique économique extérieure de la Suisse. Elle repose notamment sur le partenariat solidaire.

Al. 2, 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Jutzet, Darbellay, Fehr Mario, John-Calame, Gysin Remo, Maury Pasquier, Müller Geri, Müller-Hemmi, Rennwald, Roth-Bernasconi, Studer Heiner, Zapfl)

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition du groupe des Verts

Al. 4

Prévue sur une période limitée, la contribution de la Suisse à la réduction des disparités économiques et sociales dans les dix nouveaux Etats membres de l'UE n'est pas financée au détriment de l'aide publique au développement.

Jutzet Erwin (S, FR): Auf den ersten Blick geht es hier um einen Streit um des Kaisers Bart. Aber Achtung, dieser Streit hat grossen symbolischen Wert, er hat präjudizielle Bedeutung.

Worum geht es? Der Bundesrat sagt bei den Grundsätzen, dass die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas ein Teil der schweizerischen Aussenpolitik sei. Die Mehrheit unserer APK – 12 zu 11 Stimmen – möchte, dass neben dem Ausdruck «Aussenpolitik» auch der Ausdruck «Aussenwirtschaftspolitik» steht. Dem Ständerat ist dieser Antrag auch vorgelegen, er hat ihn abgelehnt.

Warum weise ich den Antrag der Kommissionsmehrheit zurück? Es geht in erster Linie um ein Problem der Logik. Aussenpolitik ist ein Oberbegriff. Dieser umfasst alle Gebiete unserer Aussenpolitik. Die schweizerische Interessenvertretung wahrt unsere Interessen in verschiedenen Bereichen, z. B. in der Diplomatie im engeren Sinn, im Konsularwesen, in der Entwicklungszusammenarbeit, in der Uno und anderen internationalen Organisationen, bei bilateralen und multilateralen Verträgen und auch bei Wirtschaftsverträgen, z. B. bei Handelsabkommen, oder auch bei den WTO-Verhandlungen.

Die Verteilung dieser Gebiete auf die einzelnen Kommissionen ist dann eine andere Frage. Zum Beispiel werden wir am Mittwochmorgen die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit mit der Tschechischen Republik und mit Lettland behandeln. Das ist ein Thema, das von der Kommission für Rechtsfragen vorberaten wurde. Doppelbesteuerungsabkommen und Investitionsabkommen werden von der WAK vorberaten, Bildungsabkommen von der WBK, Verkehrsabkommen von der KVF, und Wirtschaftsverträge sind ein Teil der Aussenpolitik, wie beispielsweise Fussball ein Teil des Sports ist. Es käme niemandem in den Sinn, Sport und Fussball zu trennen. Deshalb, meine ich, sollte man auch nicht von Aussenpolitik und Aussenwirtschaftspolitik sprechen. Es sind dies nicht zwei verschiedene Grössen.

Der Antrag der Mehrheit könnte auch ein Eigentor sein. Wenn wir das so wollen, meinen wir mit «Aussenpolitik» in Zukunft eben nur Aussenpolitik unter Ausschluss der Aussenwirtschaftspolitik. Das ist gefährlich, denn Aussenpolitik meint eben beides zusammen. In diesem Sinne ist es effektiv ein Eigentor. Ich meine, dass es nicht im Sinn und Geist der Antragsteller der Mehrheit ist, hier in jedem Fall Aussenpolitik und Aussenwirtschaftspolitik zusammen aufzuzählen.

Ich bitte Sie deshalb, beim Entwurf des Bundesrates und beim Beschluss des Ständerates zu bleiben und nicht eine neue Differenz zum Ständerat zu schaffen.

Müller Geri (G, AG): Im Zusammenhang mit dem zu Beginn, bei der Behandlung des Ordnungsantrages, geäusserten Bekenntnis, dass man zum Kommissionspostulat stehe, ist der Antrag der grünen Fraktion jetzt überflüssig. Ich ziehe ihn im Namen der Fraktion zurück.

John-Calame Francine (G, NE): Le groupe des Verts votera la proposition de la minorité Jutzet, soit la version du Conseil des Etats. La Suisse n'a qu'une politique étrangère, mais qui s'applique à divers domaines comme l'économie, les transports, la sécurité, la santé, la défense des droits humains, etc. Dès lors, il est absolument inutile de mentionner à l'article 3: «la politique économique extérieure», car ce champ d'intervention fait partie intégrante de notre politique extérieure. Preuve en est tous les articles qui suivent, notamment les articles 7, 8 et 9 qui définissent les formes de coopération, les prestations financières et les mesures mixtes qui ont toutes trait à l'économie.

Nous vous invitons à soutenir la décision du Conseil des Etats et par conséquent à voter la proposition de la minorité, car, comme précisé précédemment, la politique économique est définie de manière exhaustive aux articles suivants.

Gysin Remo (S, BS): Ich möchte im Namen der SP-Fraktion ganz kurz noch Stellung zur Begrifflichkeit «Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik» nehmen. Es ist offensichtlich, dass diese beiden Ausdrücke nicht auf der gleichen Ebene sind: Aussenwirtschaftspolitik ist Teil der Aussenpolitik, Aussenpolitik ist der anerkannte Oberbegriff. Wenn Sie anfangen zu differenzieren, müssten Sie auch von der internationalen Umweltpolitik reden, von der Friedenspolitik.

Es ist so, wie Herr Jutzet als Minderheitssprecher gesagt hat: Wir sollten kein Eigengoal schiessen. Wenn Sie sich die Bundesverfassung anschauen, sehen Sie, dass immer – z. B. in Artikel 54 – von den «Beziehungen zum Ausland» die Rede ist, es wird nicht unterschieden. «Beziehungen zum Ausland» heisst Aussenpolitik. Das haben Sie dann auch bei den Zuständigkeiten der Kantone in der Aussenpolitik in Artikel 55 der Bundesverfassung. Wenn Sie hier jetzt unterscheiden und sagen, Aussenwirtschaftspolitik sei da nicht dabei, dann beschneiden Sie die Kantone in einem ganz wesentlichen Punkt, nämlich beim wirtschaftlichen Teil betreffend den Grenzbereich und den regionalen Bereich.

Diese Unterscheidung sollten wir also nicht machen. Wir sollten nur mit dem Oberbegriff Aussenpolitik, der alle Aussenbeziehungen einschliesst, arbeiten.

Ich bitte Sie deswegen, der Minderheit zu folgen.

Müller-Hemmi Vreni (S, ZH), für die Kommission: Die Kommission hat mit 13 zu 12 Stimmen diesem Antrag, der in der Kommission gestellt wurde, zugestimmt. Der Antragsteller, Kollege Bühler, machte geltend, dass es nebst der Zielsetzung der Solidarität und des Abbaus der Disparitäten auch die Zielsetzung der eigenen aussenwirtschaftlichen Interessen gebe und diese darum hier im Grundsatzartikel neben der Aussenpolitik stehen sollte. Es wurde darauf hingewiesen, dass ein gleichlautender Antrag bereits im Ständerat eingebracht worden war. Er ist dort aber abgelehnt worden, mit der Begründung, dass Aussenwirtschaftspolitik Teil der Aussenpolitik sei, dass Aussenpolitik der Oberbegriff sei und damit Aussenwirtschaftspolitik mit einschliesse. Die gleiche Haltung hat die Bundesrätin im Namen des Bundesrates auch in der Kommission vertreten.

Als Kommissionssprecherin habe ich Ihnen hier Zustimmung zum Antrag der Mehrheit zu empfehlen.

Präsident (Janiak Claude, Präsident): Der Antrag der grünen Fraktion zu Absatz 4 ist zurückgezogen worden.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 87 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 74 Stimmen

Art. 4–7

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 8

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Schlüer

Die finanziellen Leistungen des Bundes im Betrag von maximal 1 Milliarde Franken können erfolgen

Antrag Fehr Hans

Abs. 2

Die im Rahmen dieses Gesetzes erbrachten Leistungen sind vollumfänglich zu kompensieren durch entsprechende

Kürzungen in den jährlichen Budgets des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes (EVD).

Art. 8

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Schlüer

Les prestations de la Confédération, qui s'élèvent à 1 milliard de francs au maximum, peuvent être accordées

Proposition Fehr Hans

Al. 2

Les prestations fournies dans le cadre de la présente loi doivent être intégralement compensées par des coupes dans le budget annuel du Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) et du Département fédéral de l'économie (DFE).

Schlüer Ulrich (V, ZH): Ich habe diesen zusätzlichen Antrag nach der Kommissionsberatung eingereicht, nämlich zu dem Zeitpunkt, als die EU mit Blick auf Rumänien und Bulgarien und deren EU-Beitritt eine weitere Zahlung von mehreren Hundert Millionen Franken gefordert hat. Über diese Zusatzzahlung will die Frau Bundesrätin jetzt nicht sprechen; in der Pressemeldung zur neuen Forderung ist zu lesen, die Frau Bundesrätin habe sich nie dagegen gewendet. Ich gehe davon aus, dass wir jetzt warten müssen, bis die heute debattierte Vorlage unter Dach und Fach ist; dann erst wird es heissen, wir hätten noch weitere Hunderte von Millionen Franken zu bezahlen. Und auch später werden wir wieder zahlen, die Geschichte geht ja weiter, auch der Balkan ist ja noch auf der EU-Beitrittsliste. Mit anderen Worten: Es geht nicht um eine einmalige, freiwillige Zahlung; es geht darum, ob die Schweiz bezüglich der weiteren Erweiterung der Europäischen Union regelrecht tributpflichtig wird. Das ist die Frage, um die es hier geht. Und wir sind der Auffassung, dass dies alles zu weit geht.

Es ist schön, wenn hier Solidarität beschworen wird. Da kommen auch uns fast die Tränen. Aber es könnte auch einmal irgendjemand etwas von Solidarität zu den Leuten sagen, die das Ganze zu bezahlen haben, das sind die schweizerischen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die Steuerzahler. Da spricht niemand von Solidarität. Sie, meine Kollegen, wollen sich im Ausland als diejenigen präsentieren, die besonders grosszügig sind. Zahlen sollen aber die Leute, die hier auf der Tribüne sitzen; diese haben allerdings nichts dazu zu sagen. Das ist Ihre Solidarität! So grossartig ist diese auch wieder nicht.

Die beiden Anträge, die Ihnen die SVP-Fraktion zu Artikel 8 präsentiert, markieren die Rückzugsposition, die noch mögliche Schadensbegrenzung. Wir wollen die Vorlage begrenzen auf die eine geforderte Milliarde, aber nicht mehr. Einzig die versprochene Milliarde soll bezahlt werden, wenn die Mehrheit schon auf die ganze Vorlage eintreten will. Wenn Sie weitere Zahlungen leisten möchten, dann müsste zu einem späteren Zeitpunkt eine neue gesetzliche Grundlage geschaffen werden.

Sie müssen jetzt auch einmal erfahren, wie die ganze Vorlage zustande gekommen ist. Wir haben in der Kommission monatelang, während etwa zwei Jahren, vom «Kohäsionsfonds» gesprochen – auch die Frau Bundesrätin. Dann haben wir, die APK, eine Sitzung in Brüssel durchgeführt, und da ist uns aus bundesrätlichem Mund gesagt worden: Benutzt ja nie mehr dieses Wort, sagt ja nie mehr «Kohäsionsfonds», sonst kommt die EU und verlangt weitere Zahlungen. Ich habe Sie damals, Frau Bundesrätin, schon darauf hingewiesen, dass in allen schriftlichen Unterlagen, die bestanden, das Wort «Kohäsionsfonds» wiederholt vorkommt. Das kann heute noch nachgelesen werden, selbst wenn man es jetzt umbiegen würde.

Tatsächlich haben alle, die verhandelt haben, offenbar nie daran gedacht, was sie anrichten, wenn sie dieses Wort

«Kohäsionsfonds» verwenden. Mit solchem Dilettantismus ist da gearbeitet worden.

Dazu hat das Parlament jetzt Schadensbegrenzung vorzunehmen: Wenn schon bezahlt wird, dann geht es um die ursprüngliche Milliarde, um nichts mehr als um diese eine Milliarde Franken. Das ist unser Antrag. Wenn Sie dem nicht zustimmen, dann machen Sie einfach die Tore für Forderungen auf, die uns immer wieder unterbreitet werden, wobei Sie sich wieder solidarisch erklären, aber andere für diese Solidarität zahlen lassen können.

Wir bieten Ihnen diese Rückzugsposition an. Es ist die Position, an der sich entscheidet, ob es ein Referendum gegen dieses Gesetz gibt, ja oder nein. Ich sage das im Namen derer, die die Substanz haben, ein Referendum zu ergreifen. Mit anderen Worten frage ich Sie, ob Sie wenigstens hier, bezüglich Zahlungsumfang, eine saubere Position einzunehmen bereit sind, indem wir ins Gesetz schreiben, was wir zahlen – und darüber hinaus zahlen wir nichts mehr.

Ich bitte Sie, diesen Antrag im Interesse der Glaubwürdigkeit des Parlamentes anzunehmen.

Markwalder Bär Christa (RL, BE): Herr Kollege Schlüer, sind Sie sicher, dass Sie sich gut an die APK-Sitzung in Brüssel erinnern? Sie haben gesagt, dass wir in Brüssel vom Kohäsionsfonds gesprochen hätten. Nach meiner Erinnerung ist das nicht der Fall, sondern man hat gesagt, dass die Schweiz Kohäsionsleistungen zahlt, aber nicht in den Fonds, sondern selbstständig an jeden einzelnen Staat. Sie nicken jetzt; stimmen Sie mir hier zu?

Schlüer Ulrich (V, ZH): Ich gebe Ihnen die vollständige Antwort gerne: Es ist richtig, dass Frau Bundesrätin Calmy-Rey in Brüssel vor die Kommission trat und uns beschwor, das Wort «Kohäsionsfonds» nie mehr zu verwenden. Ich habe darauf in den Unterlagen geblättert und auf die Stellen in einem Votum verwiesen, wo das Wort vorkommt. Es ist ja alles schriftlich festgehalten. Ich fragte, ob jemand meine, bei der EU könne man nicht lesen. So war es. Es stimmt, dass dieses Wort offiziell seither nicht mehr verwendet wird. Aber bis Herbst 2005 wurde es unzählige Male verwendet. Schauen Sie in den Unterlagen nach!

Fehr Hans (V, ZH): Wir alle in diesem Saal wissen, dass das im Grunde genommen keine Solidaritätsmilliarde ist, sondern, erlauben Sie mir das böse Wort, eher eine Korruptionsmilliarde. Warum? Wir wissen ganz genau, dass Herr Bundesrat Deiss und Frau Bundesrätin Calmy-Rey praktisch im letzten Moment, als es um den Abschluss der bilateralen Verhandlungen ging, mit dieser Milliarde nachgeholfen haben. Es sind eigentlich mit 1 Milliarde Franken erkaufte Verträge. Man kann es schönreden, aber die Wahrheit ist eine andere.

Was mir aufgefallen ist, Frau Bundesrätin: Wenn man die Presse von Ende Februar dieses Jahres anschaut, sieht man, dass die Milliardenzahlung als «sensationeller Sieg» gefeiert wird. Man habe alles aus dem Weg geräumt und man habe die Zahlungsmodalitäten bezüglich dieser Kohäsionsmilliarde mit der EU besiegeln können. Lauter lachende Gesichter usw. – als ob es so ein Kunststück wäre, Frau Bundesrätin, jemandem eine Milliarde zu schenken; ich nähme sie auch.

Wir kommen zur Schadensbegrenzung. Ich stelle fest, dass offenbar eine Mehrheit dieses Rates diese Milliarde zu zahlen gewillt ist, auf dem Buckel des Steuerzahlers, wohlverstanden.

Ich beantrage Ihnen im Namen der SVP-Fraktion und weiterer bürgerlicher Parlamentarier Artikel 8 Absatz 2. Wenn wir diese Milliarde – und vielleicht noch mehr – schon zahlen sollen, dann wenigstens budgetneutral! Frau Bundesrätin, ich befinde mich da in sehr guter Gesellschaft, in Gesellschaft der Mehrheit des Gesamtbundesrates, der vor einiger Zeit ausdrücklich beschlossen hat, dass die Finanzierung dieser Milliarde strikt budgetneutral ausgestaltet werden soll, durch Einsparungen in Ihrem Departement und durch Einsparungen im Departement von Herrn Bundesrat Deiss.

Also, ich hoffe, Frau Bundesrätin, dass Sie solidarisch mit dem Gesamtbundesrat sind und nicht ausscheren werden, sondern diesen Beschluss der Mehrheit Ihrer Kollegen vollziehen werden, das heisst, dass Sie unseren Antrag jetzt dann gleich mit Vehemenz unterstützen werden.

Ich appelliere an die bürgerlichen Ratskolleginnen und Ratskollegen, weil Sie auf der linken Ratsseite ja ohnehin immer zahlen und umverteilen wollen – auf Kosten der anderen. Aber es geht hier aus Respekt vor dem Steuerzahler – auch aus Respekt vor dem Gesamtbundesrat, der die Budgetneutralität klar beschlossen hat – darum, meinetwegen Ja zu sagen, aber budgetneutral, und das einzusparen. Sie können nicht mit irgendwelchen imaginären Einkünften rechnen, die dereinst vielleicht aus diesen hochgerühmten Bilateralen resultieren werden. Sie müssen vom Faktum ausgehen; budgetneutral heisst Einsparen bei diesen zwei Departementen. Ich bitte Sie nochmals, aus Respekt vor dem Gesamtbundesrat und aus Respekt vor dem Steuerzahler das so zu handhaben und meinen Antrag zu unterstützen.

Eggly Jacques-Simon (RL, GE): Monsieur Fehr, je pense que vous êtes conscient que cette loi concerne les deux volets, et donc non seulement les nouveaux membres de l'Union européenne, mais aussi les autres.

Ma question est celle-ci: comment pouvez-vous, devant ce conseil, devant la représentante du Conseil fédéral, dire que cette action de solidarité vis-à-vis des nouveaux pays de l'Union européenne, qui est aussi dans notre intérêt, est de la corruption et que nous aurions en quelque sorte acheté les négociations bilatérales en corrompant l'Union européenne? Est-ce que vous êtes conscient du caractère totalement insultant du mot «corruption» – je ne sais pas quelle est la traduction allemande du terme?

Fehr Hans (V, ZH): Lieber Ratskollege Eggly, wenn Bundesräte 1 Milliarde Franken, das sind tausend Millionen, bezahlen wollen, um diese Verträge rasch voranzutreiben, praktisch in der Nacht vor der «Ratifizierung», damit Brüssel den Abschluss vollzieht, dann muss ich sagen: Eben aus diesem Holz ist die Korruption geschnitzt – auch wenn es hart tönt; es tut mir Leid.

Studer Heiner (E, AG): Die beiden Antragsteller aus der SVP-Fraktion haben von Schadensbegrenzung gesprochen. Ich würde es anders sagen: Sie versuchen etwas ins Gesetz hineinzubringen, von dem sie in Worten nichts gesagt haben. Weshalb?

Die SVP-Vertreter sagten schon in den vielen Beratungen, bis es zu diesem Gesetz kam, immer wieder, sie möchten einen Erlass, der diese Kohäsionsmittel referendumspflichtig macht. Nun versucht man – das ist der Antrag Schlüer –, diese Milliarde ins Gesetz einzubauen. Was wird man nachher machen? Man wird sagen: Hört, Volk, seht einmal – in diesem Gesetz eine Milliarde ohne weitere Details! Dann hat man Gründe, Unterschriften gegen dieses Gesetz zu sammeln. Das ist es doch, was im Hintergrund steht.

Das wussten wir schon bei den Beratungen. Wir müssen, das ist ganz klar, die gesetzliche Grundlage schaffen, und die ist referendumspflichtig. Und dann, wenn Sie, wie Sie sagten, gegen dieses Gesetz das Referendum ergreifen wollen, müssen Sie Ihren Wählerinnen und Wählern sagen, weshalb diese Zusammenarbeit mit den Demokratien im Osten Europas nicht auch uns dienlich ist und weshalb diese Zusammenarbeit nicht sinnvoll ist. Dann haben Sie Mühe, wenn Sie das vielen Ihrer Leute sagen müssen.

Und, Herr Fehr, Sie wollen einfach jetzt schon etwas festlegen, was einseitig ist, aber zu diesem Beschluss gehört. Wir wollen entscheiden, wenn uns der Bundesrat seriös aufgelistet hat – das wird auf mehrere Jahre sein –, wo die Kompensationen herkommen. Das müssen wir aufgrund einer Vorlage entscheiden.

Es ist richtig, dass wir beide Anträge klar ablehnen und das Gesetz durchziehen.

Calmy-Rey Micheline, conseillère fédérale: Messieurs Schlüer et Fehr ont tenu des propos insultants, excessifs et, par conséquent, il ne vaut pas la peine d'y répondre. Je ferai trois remarques.

La première remarque concerne le fonds de cohésion. Depuis le début, la Suisse a affirmé qu'elle ne souhaitait pas s'associer à la politique de l'Union européenne en matière de cohésion. C'est la raison pour laquelle elle n'a jamais voulu conclure avec l'Union européenne de traité international qui aurait eu valeur d'association à la politique européenne de cohésion. C'est vous, du groupe UDC, qui avez réclamé un traité international, je vous le rappelle, et qui ne cessez de parler de «fonds de cohésion», et que je corrige à chaque séance de la Commission de politique extérieure! Il ne s'agit pas de s'associer à un quelconque fonds de cohésion de l'Union européenne, il s'agit d'une contribution suisse que nous décidons nous-mêmes.

Deuxième remarque: cette loi vaut comme base légale à la fois pour l'aide classique à l'Est et pour l'aide à la réduction des disparités entre les dix nouveaux pays membres de l'Union européenne. Et si vous limitez dans la loi le montant à 1 milliard de francs, vous cassez complètement l'aide classique à l'Est. Il n'y aura plus un franc, plus un centime pour l'aide classique à l'Est. Je vous rends attentifs au fait que certains pays qui sont compris dans l'aide classique à l'Est font partie du groupe de vote de la Suisse à la Banque mondiale et au Fonds monétaire international.

Troisièmement, la contribution ne coûtera rien – pas un sou de plus – aux contribuables suisses, aux Suissesses et aux Suisses. Le Conseil fédéral a pris deux décisions sur cette question. Les deux décisions mettent l'accent sur les points suivants: premièrement, le financement sera assuré au moyen de compensations dans le budget du Département fédéral des affaires étrangères et dans celui du Département fédéral de l'économie. Deuxièmement, comme financement partiel possible, le Conseil fédéral étudie la possibilité d'intégrer les recettes liées à la fiscalité de l'épargne. Ce sont les décisions du Conseil fédéral et j'expose ici la position du Conseil fédéral.

Je vous remercie beaucoup de rejeter ces deux propositions.

Schlüer Ulrich (V, ZH): Meine persönliche Erklärung besteht aus einem einzigen Satz: Erinnern Sie sich, Frau Bundesrätin, dass Sie in der Sitzung der APK vom 30. August 2004 den folgenden Satz gesprochen haben: «Ensuite, le 12 mai dernier, le Conseil fédéral a annoncé l'octroi d'une contribution à la cohésion économique et sociale de l'Union européenne de 1 milliard de francs»?

Calmy-Rey Micheline, conseillère fédérale: Il est possible que j'aie utilisé, par un écart de langage, le mot de «cohésion», mais jamais je n'ai parlé d'une association à la politique de cohésion de l'Union européenne et de versement à un quelconque «fonds de cohésion».

Dupraz John (RL, GE), pour la commission: Je dois dire que je suis abasourdi par les propos de notre collègue Fehr Hans. Celui qui vous parle n'est certes pas un modèle de vertu, mais lorsqu'on entend dire, de la part d'un collègue, que ce projet de loi, qui est notamment destiné à contribuer à la réduction des disparités économiques et sociales au sein de l'Union européenne élargie, est un acte de corruption, je ne peux pas laisser insulter mon gouvernement et l'action de ce Parlement. Ce sont des propos malvenus et inacceptables de la part de quelqu'un que je qualifierai de grossier personnage!

Monsieur le président, je m'étonne que vous laissiez tenir de tels propos dans cette assemblée et j'ose espérer qu'il y aura une reprise en main. Car, si on emploie des termes de ce type et si on laisse en fait comparer l'action du gouvernement et de ce Parlement à une action mafieuse, où va-t-on? Jamais je n'ai entendu cela en trente ans de carrière politique dans ce pays. Je suis outré que des collègues puissent tenir de tels propos.

La proposition Schlüer de limiter la contribution à 1 milliard de francs voudrait dire, comme l'a dit Madame la conseillère fédérale Calmy-Rey, qu'il n'y aurait plus rien pour l'aide à la transition dans les pays d'Europe de l'Est. Cela est tout simplement inacceptable. C'est une attaque contre les plus démunis, contre l'action de la Suisse pour aider ces pays à se développer et à émerger. En fait, une telle aide est dans notre intérêt, pour que nous puissions avoir des partenaires économiques forts dans le délai le plus court possible pour l'économie et notre pays.

Par ailleurs, nous avons décidé en commission de ne rien inscrire dans la loi concernant le financement; c'est pour cela qu'il y a un postulat, et la proposition Fehr Hans est en fait une attaque indirecte contre le postulat. Elle est contraire à l'esprit dans lequel la commission a travaillé. Je vous demande, au nom de la commission, de rejeter les propositions Schlüer et Fehr Hans.

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 04.021/2952)

Für den Antrag der Kommission 113 Stimmen

Für den Antrag Schlüer 47 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 04.021/2953)

Für den Antrag der Kommission 110 Stimmen

Für den Antrag Fehr Hans 49 Stimmen

Art. 9–13

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 14

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsident (Janiak Claude, Präsident): Frau Müller-Hemmi möchte zu Artikel 14 eine Erklärung abgeben.

Müller-Hemmi Vreni (S, ZH), für die Kommission: Zu Artikel 14 Absatz 3 gab es in der Kommission eine Diskussion, und ich gebe hier im Namen der Kommission deshalb auch eine Erklärung ab: Im Ständerat wurde bereits diskutiert, ob hier ein allfälliger Zusammenhang mit dem neuen Finanzausgleich bestehe. Wir haben dies nochmals mit der Bundesrätin diskutiert. Wir haben Kenntnis von einem Schreiben der Ausserministerin an den Präsidenten der ständerätlichen APK genommen, wo festgehalten wurde, dass der Bundesrat hier keinen direkten Zusammenhang zwischen der Ostzusammenarbeit und dem NFA sehe. Wir halten darum auch fest, dass mit dem NFA das heutige, auf zweckgebundene Beiträge abgestützte Finanzausgleichssystem durch ein neues, auf objektiven Kriterien beruhendes Ausgleichssystem ersetzt werden soll und dass gleichzeitig eine Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen durchgeführt wird und beim Vollzug von Bundesaufgaben durch die Kantone eben neue Zusammenarbeitsformen eingeführt werden. Gemäss den Grundsätzen der Subsidiarität und der fiskalischen Äquivalenz soll dabei vermieden werden, dass neue unnötige Verflechtungen eingeführt werden.

Der Bereich Aussenpolitik war nicht Gegenstand der Entflechtungsdiskussion im Rahmen des NFA, weil hier die Kompetenz eben beim Bund liegt. Die Aktivitäten von Kantonen und Gemeinden in diesem Bereich erfolgen im Rahmen ihrer jeweiligen Handlungsautonomie, sogenannte freiwillig also, d. h. in eigener Kompetenz und nicht im Rahmen der Wahrnehmung einer delegierten Bundesaufgabe. Die Ausserministerin führte in der Kommission dazu aus, dass der Bund grundsätzlich das Engagement von Kantonen, Ge-

meinden und öffentlichen Institutionen in Osteuropa begrüße, da dieses die staatlichen Massnahmen aufgrund des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas eben sinnvoll ergänzen könne. Artikel 14 Absatz 3 gibt dem Bund hier die Möglichkeit, derartige Initiativen oder Partnerschaften zu unterstützen.

Angenommen – Adopté

Art. 15

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 16

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Daten über die Gesundheit dürfen dem Ärztlichen Dienst des Bundes übermittelt werden, sofern diese Stelle sie zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgabe benötigt.

Art. 16

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

Des indications sur la santé peuvent être transmises au Service médical de la Confédération si elles lui sont nécessaires pour accomplir ses tâches légales.

Dupraz John (RL, GE), pour la commission: A l'alinéa 2, le texte a été légèrement modifié par rapport à la rédaction adoptée par le Conseil des Etats. Certains membres de la commission n'acceptent pas de termes en anglais dans le texte. L'appellation du service concerné a donc été traduite en français et en allemand.

Angenommen – Adopté

Art. 17–20

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 21

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

mit Ausnahme von:

Ziff. 3 Art. 13a Abs. 2

Daten über die Gesundheit dürfen dem Ärztlichen Dienst des Bundes oder der Schweizerischen

Art. 21

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

à l'exception de:

Ch. 3 art. 13a al. 2

Des indications sur la santé peuvent être transmises au Service médical de la Confédération ou à la Caisse nationale

Angenommen – Adopté

Art. 22

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 23

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Müri, Mörgeli, Schibli, Schlüer, Schmied Walter, Stamm, Wobmann)

Abs. 2

Dieses Gesetz gilt während fünf Jahren.

Art. 23

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Müri, Mörgeli, Schibli, Schlüer, Schmied Walter, Stamm, Wobmann)

Al. 2

La validité de la présente loi est limitée à cinq ans.

Müri Felix (V, LU): Die Firma Lego im Kanton Luzern schliesst ihre Tore und geht nach Osteuropa. Mehrere Hundert Personen verlieren ihren Arbeitsplatz. Frau Bundesrätin, es kann dort niemand verstehen, dass wir genau diese Billigproduktionsländer in Osteuropa subventionieren – und das noch freiwillig.

Zurzeit überstürzen sich die Ereignisse. Die EU ist auf den Geschmack gekommen, denn selten findet man ein Land, das 1 Milliarde Franken zu verschenken hat. Die EU hat angekündigt, sie möchte weitere Zahlungen der Schweiz für Rumänien und Bulgarien, also weitere Hunderte von Millionen Franken sollen nach Osteuropa fliessen. Das heisst, dass weitere Unternehmen in diese Billigproduktionsländer ziehen – und wir finanzieren das Ganze auch noch! In Anbetracht der dauernd neuen Entwicklungen sollte man die Auswirkungen des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas früher anschauen. Fünf Jahre reichen vollumfänglich für dieses Bundesgesetz.

Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag zu unterstützen, damit das Parlament innert nützlicher Frist Einfluss nehmen kann.

John-Calame Francine (G, NE): Si nous voulons que cette loi ait une quelconque utilité et puisse développer ses effets, sa validité doit impérativement durer les dix ans que nous propose le Conseil fédéral. En effet, il faut laisser aux Etats d'Europe de l'Est la possibilité d'élaborer leurs projets, de les défendre – cas échéant de les modifier – pour ensuite les mettre en oeuvre. Toutes ces démarches prennent du temps, beaucoup de temps; le délai de cinq ans proposé par la minorité Müri n'est pas réaliste car beaucoup trop court.

Les acteurs de l'économie le savent bien, un projet ne voit pas le jour en un tour de main. Les projets performants et de bonne qualité, propres à se maintenir dans la durée, demandent de nombreuses compétences et des études approfondies avant leur concrétisation. Décider que cette loi a une validité de cinq ans est une manière de s'y opposer et d'empêcher les aides financières d'atteindre leur but. C'est une volonté délibérée d'ériger des difficultés pour arriver à prouver que l'aide au développement est inutile et que les résultats sont peu probants. Si d'autres pays de l'Est rejoignent l'UE dans les années à venir, les crédits-cadres y relatifs feront l'objet d'arrêtés spécifiques sur lesquels il faudra que nous nous prononcions.

Les Verts sont attachés à cette aide et affirment leur volonté qu'elle soit poursuivie durant les dix prochaines années. Nous vous encourageons à soutenir la majorité et à maintenir la validité de cette loi à dix ans, comme le propose le Conseil fédéral.

Müller-Hemmi Vreni (S, ZH), für die Kommission: Wir haben den Antrag natürlich in der Kommission diskutiert. Wir haben ihn klar abgelehnt, mit 16 zu 6 Stimmen. Warum? Weil wir wissen, dass die Rahmenkreditperiode nicht mit der Zahlungskreditperiode übereinstimmt. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Projekte im Bereich der Ostzusammenarbeit jeweils über sechs oder sieben Jahre gehen, auch wenn wir einen Rahmenkredit über vier Jahre sprechen. Ich empfehle Ihnen namens der Kommission, diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 04.021/2954)

Für den Antrag der Mehrheit 103 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 53 Stimmen

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 04.021/2956)

Für Annahme des Entwurfs 116 Stimmen

Dagegen 40 Stimmen

06.3006

**Postulat APK-NR (04.021).
Schweizerische
Kohäsionszahlungen
nicht zulasten der
öffentlichen Entwicklungshilfe
Postulat CPE-CN (04.021).
Ne pas financer la contribution
suisse à la cohésion de l'UE
sur les fonds de l'aide publique
au développement**

Einreichungsdatum 16.01.06

Date de dépôt 16.01.06

Nationalrat/Conseil national 13.03.06 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 13.03.06

05.3808

**Motion Leuthard Doris.
Disparitätszahlungen
Motion Leuthard Doris.
Contribution
à la réduction des disparités**

Einreichungsdatum 14.12.05

Date de dépôt 14.12.05

Nationalrat/Conseil national 13.03.06

Schibli Ernst (V, ZH): Ausgehend von der Tatsache, dass der Bundesrat ohne Parlamentsbeschluss 1 Milliarde Franken, das sind tausend Millionen Franken, Kohäsionszahlungen an die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten versprochen, bewilligt und in der Zwischenzeit in Wien auch feierlich abgesegnet hat, sind diese Entwicklungshilfegelder über die entsprechenden vorhandenen Konten zu begleichen. Es geht nicht an, dass klar zuweisbare Ausgaben plötzlich über Kanäle finanziert werden, die mit dem jetzt anstehenden Geschäft keinen Zusammenhang haben. Ein Land wie die Schweiz, das auf Bundesebene 130 Milliarden Franken Schulden ausweist, hat bei derartigen Ausgaben die Frage zu beantworten: Sind solche freiwilligen Zahlungen vertretbar, finanzierbar, und welche Bereiche haben sie zu tragen? Niemand bestreitet, dass diese Entwicklungshilfegelder nicht

klar zugeordnet werden können. Um das ungebremsste Ausgaben- und Schuldenwachstum nicht stoppen zu müssen, sollen diese Gelder nun nicht über die Entwicklungshilfe, sondern aus verschiedenen anderen Bereichen eingeschossen werden.

Die SVP-Fraktion wehrt sich vehement gegen die Aushebelung der festgeschriebenen Finanzierungsgrundsätze. Wir sind der Auffassung, dass finanzielle Versprechungen immer auch über die bestehenden Finanzierungsinstrumente, mit der entsprechenden Gesamtanpassung als Konsequenz, erfüllt werden sollen.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, das Postulat abzulehnen.

Präsident (Janiak Claude, Präsident): Ich schlage Ihnen vor, die Motion Leuthard 05.3808, Disparitätszahlungen, zusammen mit dem Kommissionspostulat 06.3006 zu behandeln, da die beiden Vorstösse inhaltlich das Gleiche betreffen. – Sie sind damit einverstanden.

Frau Leuthard verzichtet auf das Wort. Auch Frau Bundesrätin Calmy-Rey verzichtet auf das Wort.

Dupraz John (RL, GE), pour la commission: Comme je l'ai déjà dit tout à l'heure, une proposition individuelle demandait que soit inscrit dans la loi le principe de préserver l'aide au développement et de ne pas financer ce montant de 1 milliard de francs en puisant sur des fonds qui vont aux pays les plus défavorisés, les plus pauvres.

Or, pour des raisons de technique législative, il nous a paru préférable de rédiger un postulat. Certains ont proposé que les rapporteurs fassent une déclaration qui va dans ce sens. Cela nous a paru un peu faible et la commission s'est rangée à l'avis de présenter ce postulat qui demande clairement qu'on ne finance pas cette aide par les fonds qui sont destinés à l'aide publique au développement. En effet, je crois qu'il serait injuste que les avantages économiques que nous allons retirer des accords bilatéraux soient financés au détriment des plus défavorisés.

C'est pourquoi je vous invite, au nom de la majorité de la commission, à adopter ce postulat et à ne pas suivre la minorité.

Wobmann Walter (V, SO): Ja, Herr Kollege, eine ganz kurze Frage: Auf der Tagesordnung von heute steht bei diesem Geschäft «Kohäsionszahlungen». Auf der Fahne steht genau das gleiche Wort. Jetzt haben wir vorhin von Frau Bundesrätin Calmy-Rey gehört, dieses Wort dürfe man hier nicht mehr gebrauchen. Was stimmt jetzt? Ich bin ein bisschen verwirrt, ich möchte gerne eine Aufklärung.

Dupraz John (RL, GE), pour la commission: Il est clair que qui veut noyer son chien l'accuse de la rage. Il ne faut pas s'attendre à ce que les membres du groupe UDC soient conciliants et bienveillants concernant l'objectif que nous poursuivons. Pour ma part, je considère que c'est de la dialectique, et je vous conseille de prendre des cours de français pour mieux comprendre les langues.

Müller-Hemmi Vreni (S, ZH), für die Kommission: Im Ständerat hat der Kommissionssprecher, Peter Briner, am 7. Dezember 2005 bei der Beratung des Osthilfegesetzes im Namen der Kommission festgehalten, dass zu vermeiden sei, dass die Erweiterungsbeitragsleistung aussenpolitisch widersprüchliche und ethisch unververtretbare Konsequenzen hat. Im Namen der APK hat er an die Adresse des Bundesrates festgehalten, «dass die Kohäsionszahlungen nicht zulasten der Entwicklungshilfe für die ärmsten Länder erfolgen dürfen».

Das Postulat der nationalrätlichen APK flankiert diese Haltung und signalisiert dem Bundesrat, dass er alle Möglichkeiten ausloten soll und auch die 2004 vorsorglich bei der Osthilfe eingesparten 400 Millionen Franken einbeziehen soll, damit die Erweiterungsbeitragsfinanzierung effektiv nicht auf Kosten der öffentlichen Entwicklungshilfe gemäss